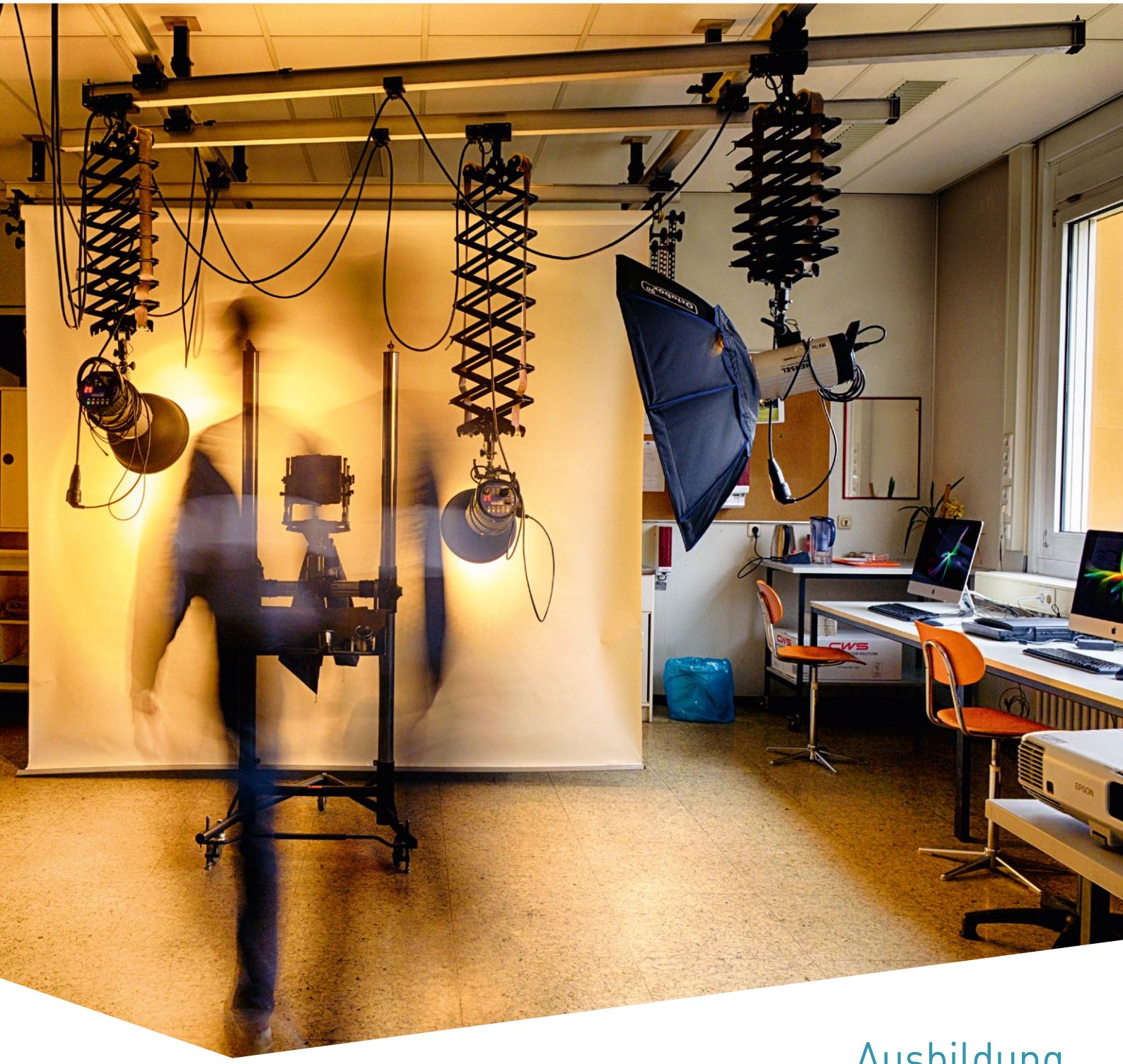
MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Juni 2020 Nr. 2

mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 69

- Medien in Kurzarbeit
  Trotz hoher Klickzahlen
- Tarifverhandlungen
  Perspektive für Zeitungen



Ausbildung
Ausbremsen gilt nicht

IM FOKUS: AUSBILDUNG

Foto: Robert Kiehn / BIBB

Foto: Christian v. Polentz

6 DIGITALER LERNRAUM BERUFSSCHULE
Von Susanne Stracke-Neumann

10 AUSBREMSEN GILT NICHT
Die Ausbildung im Bühnenservice läuft – nur eben anders als sonst

12 BLAUE FLECKEN GEHÖREN DAZU
Stuntleute: Multitalente mit viel Geduld und gesunder Selbsteinschätzung

14 FRAU MACHT BUCH
Ausbildung in der Buchbranche als Karrierechance

15 EHRENAMT PRÜFER
Etwa ein Drittel Verdianer engagieren sich in den Ausschüssen

JEDEN MONAT EIN NEUER PODCAST AUF M ONLINE

AKTUELL: WIE IST ES DERZEIT UM DEN PRIVATFUNK HIERZULANDE BESTELLT? GESPRÄCH MIT TINO UTASSY, GESCHÄFTSFÜHRER DER RTL-TOCHTER BROADCAST SACHSEN
Alle M-Podcast unter https://mmm.verdi.de/podcast/

MEINUNG

4 BILDKRITIK
Symbol statt Beleg

5 MEDIEN NACH CORONA

TITELBILD SEITE 1
Die Fotowerkstatt der Ernst-Litfaß-Schule in Corona-Zeiten. Foto: Markus Dupré /Ernst-Litfaß-Schule

BERUF

16 METERWEIT ÜBER DEN BODEN GESCHLEIFT
Frankfurt/Main: Eine Journalistin berichtet von ihrer Begegnung mit der Polizei

18 SMARTER WECHSEL
Genossenschaft verzaubert Selbstständige auf Wunsch in Angestellte

20 KAPITÄNE FÜR DIE BILDERFLUT
Die freie Fotoredakteurin und Dozentin Ina-Jasmin Kossatz im Gespräch mit M

27 SCHON ENTDECKT? DIE KORRESPONDENTIN

TARIFE UND HONORARE

22 MIT BLICK AUF DIE PERSPEKTIVE NACH CORONA
Gespräch mit Tarifsekretär Matthias von Fintel über die Tarifverhandlungen der dju in ver.di

MEDIENWIRTSCHAFT

23 HOHE KLICKZAHLEN UND KURZARBEIT
Selbstständige in „existenziell bedrohlicher Lage“

MEDIENPOLITIK

26 SCHEINHEILIGE DEBATTE
Trotz Empfehlung der KEF geht Gezerre um Rundfunkbeitrag weiter

27 GUTE ARGUMENTE FÜR DEN RUNDFUNKBEITRAG
ver.di-Gutachten

28 DIE GROSSE ZERSTÖRUNG
Der Ökonom Andreas Bathelmess über den digitalen Umbau der Gesellschaft und ein „Daten-#MeToo“

29 IMPRESSUM

INTERNATIONAL

Foto: Knut Henkel

30 GUMMIPARAGRAF
Kuba: Geldstrafen für Journalisten bei Verstoß gegen Gesetz 370

31 AKTION FÜR DALER SHARIPOV, TADSCHIKISTAN

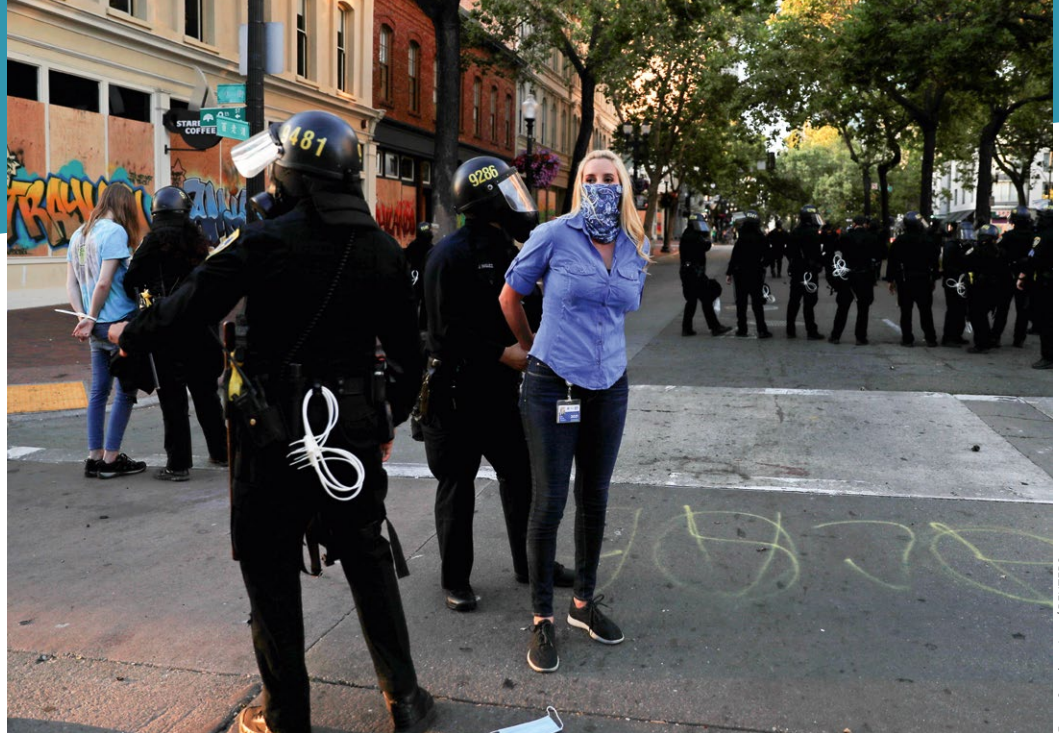


Foto: Stephen Lam / REUTERS

CBS-Reporterin Katie Nielsen wird während einer Kundgebung in Oakland (Kalifornien) festgenommen. Bei den landesweiten Protesten gegen Rassismus und Gewalt nach dem Mord an George Floyd geht die Polizei nicht nur gegen Demonstranten brutal vor, sondern auch gegen Medienschaffende. Sie werden massiv an ihrer Arbeit behindert, einige wurden teilweise schwer verletzt.

Foto: Christian v. Polentz

Kein Stillstand in der Krise

Es gibt keine Ausgabe des M-Magazins und kaum eine Woche auf M Online ohne aktuelle Berichte über Verletzungen der Pressefreiheit. Wie gewalttätig die Polizei derzeit in den USA mit Demonstrant*innen und Journalist*innen bei den Protesten gegen den Mord an Georg Floyd umgeht, ist unerträglich. Sie schießen mit Gummigeschossen auch auf Medienschaffende, eine Journalistin wurde dabei an einem Auge schwer verletzt. Mehr dazu auf M Online unter dem Titel „Kultur der Straffreiheit statt Pressefreiheit“ (https://mmm.verdi.de). In vielen Staaten wird zudem die Corona-Krise genutzt, um mit Hilfe verschärfender Gesetze freie Meinungsäußerungen einzuschränken, wie aktuell in Kuba (S. 30/31).

Leider mehren sich auch in Deutschland tätliche Angriffe auf Berichterstatter*innen. Sie kommen meist aus dem rechten Spektrum wie Mitte Mai und Anfang Juni gegen Fernsehteams des ZDF. Und sehr oft greift die Polizei nicht konsequent ein oder sieht sogar weg. Auch sie selbst behindert noch zu oft Journalist*innen bei ihrer Arbeit, erkennt Presseausweise nicht an, wird übergriffig, mitunter gewalttätig – so wie gegen eine Journalistin in Frankfurt am Main, die M ihre „Begegnung“ mit der Polizei während einer friedlichen Demonstration schildert (S. 16).

Die Corona-Krise fordert allen viel ab. Der Shutdown hinterlässt auch in der Medienbranche tiefe Spuren. Bei so manchem Selbstständigen sinkt das Einkommen auf Null, weil es keine Aufträge gibt. Trotz hoher Klickzahlen setzen viele Verlage ihre Freien ganz frei und die Redakteur*innen auf Kurzarbeit. Um Aufstockungen des mageren Gehalts müssen Betriebsräte hart verhandeln, die Bereitschaft der Verleger ist gering. Hilfen aus den Staats- und Ländersäckeln greifen – bedauerlicherweise aber oft zu kurz. (S. 23–25) Und die Tarifverhandlungen für Zeitungsjournalist*innen will ver.di mit dem Blick auf die Perspektive nach Corona gestalten – eine ganz besondere Herausforderung (S. 22).

Auch Berufsschüler*innen standen im März vor den geschlossenen Türen ihrer Bildungszentren. Stillstand gibt es jedoch nicht. Man trifft sich im digitalen Lernraum, Lehrer*innen greifen zu neuen didaktischen Formaten, Prüfungen werden verschoben … (S. 6–9). Ausbremsen gilt auch bei der Ausbildung im Bühnenservice bei der Stiftung Oper in Berlin nicht. Kreativität ist gefragt (S. 10/11).

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Bildkritik

Bildkritik ist die neue Kolumne von Menschen Machen Medien. Der Journalist und Kommunikationswissenschaftler Felix Koltermann diskutiert dort in regelmäßigen Abständen den Umgang publizistischer Medien mit fotografischen Bildern.

THEMEN / WELT / AFRIKA

UMWELTSKANDAL

Gefährliche deutsche Pestizide für Afrika

Auf afrikanischen Plantagen landen laut einer aktuellen Studie auch Pestizide, die in der EU gar nicht zugelassen sind. Die Autoren erheben Vorwürfe: Machen deutsche Konzerne Profite auf Kosten von Arbeitern vor Ort?

Die Zitrusfarm Hillside liegt im Ostkap, in einer stark landwirtschaftlich geprägten Region Südafrikas. Grüne Baumreihen ziehen sich über die rotbraunen Äcker - dort herrscht bestes Klima für den Anbau von Zitrusfrüchten, die auch für den europäischen Markt bestimmt sind. Aber die grüne Idylle trügt: Denn der Einsatz von Pestiziden richtet hier und auf anderen Farmen im Land laut einer aktuellen

Datum 12.05.2020

Autorin/Autor Martina Schwikowski

Themenseiten BASF, Kenia, Südafrika, Simbabwe, Monsanto

Schlagwörter Pestizide, Afrika, Bayer, Südafrika, Kenia, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Misereor, Inkota-Netzwerk, Simbabwe, BASF

Schicken Sie uns Ihr Feedback!

Drucken Seite drucken

Permalink https://p.dw.com/p/3c2HH

+++ AKTUELLES IN KÜRZE +++

UN: Kriegsparteien in Libyen wollen wieder verhandeln

In den vergangenen Wochen lieferten sich die international anerkannte Regierung in Libyen und der Warlord Haftar heftige Kämpfe. Nun haben sie sich auf die Wiederaufnahme von Gesprächen über eine Waffenruhe verständigt.

Viele Tote bei Anschlagsserie in Burkina

Screenshot: dw.com

Symbol statt Beleg

Abstrakte politische Themen wie Pestizideinsatz zu visualisieren, ohne dabei willkürliche Bezüge herzustellen, stellt eine große Herausforderung dar. Wie es nicht geschehen sollte, zeigt ein Aufmacherbild zu einem Artikel der Deutschen Welle.

Am 12. Mai 2020 veröffentlichte die Deutsche Welle auf ihrer Webseite den Artikel „Gefährliche deutsche Pestizide für Afrika“. Ausgangspunkt war die Publikation einer von verschiedenen nationalen und internationalen NGOs und einer deutschen Stiftung herausgegebenen Studie über den Einsatz in der EU verbotener Pestizide in Afrika. Das unter dem Teaser platzierte Aufmacherbild des Artikels zeigt einen Traktor beim Versprühen einer Flüssigkeit auf einem Feld. Aber anders als der Kontext vermuten mag, ist nicht klar, ob die gezeigte Situation den Einsatz deutscher bzw. in der EU verbotene Pestizide belegt. Damit liegt eine Irreführung der Leser*innen vor.

Entscheidend für eine mögliche Einordnung des Bildes sind Überschrift, Teaser und der erste Absatz des Textes. Während erste auf einen Umweltskandal und mögliche Doppelstandards beim Export deutscher bzw. europäischer Chemikalien verweisen, startet der eigentliche Text mit einer Beschreibung der grünen Idylle einer Zitrusfarm in der südafrikanischen Provinz Ostkap, was offensichtlich nicht mit dem Bild korrespondiert. Als Überleitung zum Aufmacherbild am Ende des Teasers wird gefragt „Machen deutsche Konzerne Profite auf Kosten der Arbeiter vor Ort?“. Da keine Bildunterschrift den Zusammenhang auflöst liegt es nahe, im dargestellten Traktorfahrer einen der Arbeiter zu sehen, auf dessen Kosten deutsche Konzerne mit verbotenen Chemikalien Profite machen.

Eine Recherche des Originalbildes in der Datenbank von Picture Alliance kann diese Assoziation jedoch nicht bestätigen. Zum einen stammt das von M. Harvey fotografierte und von WILDLIFE über Picture Alliance vertriebene Bild bereits aus dem Jahr 2009. Zum anderen gibt das Original keine genaueren Informationen über die Art der Pestizide und deren Herkunft. Nur folgende Information wird dort vermittelt: „ZAF, 2009: Kohl (Brassica oleracea). Erntearbeiter mit einem Trecker sprüht ein Kohlfeld.“ Damit lässt sich die durch die Kontextualisierung dem Bild zugeschriebene Funktion, die Umweltskandalthese zu belegen, nicht halten. Das kann auch die korrekt vom Original übernommene Bildzeile beim Mouse-Over nicht retten.

Die Willkürlichkeit des Bildeinsatzes wird noch deutlicher bei einer Suche nach anderen Verwendungskontexten dieser Fotografie durch die Deutsche Welle. Eine Rückwärtssuche auf Google Bilder fördert zu Tage, dass das Bild bei drei weiteren Artikeln zwischen 2013 und 2017 zum Einsatz kam. Die Kontexte, in denen das Bild genutzt wird reichen von Landverteilung an die schwarze Bevölkerung in Südafrika, der Notwendigkeit einer Lobby für Afrikas Bauern bis hin zur Debatte um die Krebsgefahr von Glyphosat. Jedes Mal musste der südafrikanische Traktorfahrer als Platzhalter für die Visualisierungsnöte der Redaktion herhalten.

Felix Koltermann <<

Medien nach Corona

Die Corona-Kurve flacht ab, nach und nach kehrt in der Gesellschaft wieder „normaler“ Alltag ein. Was verändert sich für die Medien, welche Folgen wird die Krise für den Journalismus haben, wer sind die Gewinner und Verlierer?

Erste Erkenntnis: Journalist*innen sind systemrelevant! Diese quasiamtliche Einstufung – auf gleicher Höhe mit Mediziner*innen, Pfleger*innen und ja, auch Supermarktkassierer*innen – sollte unserer Berufsgruppe genügend Selbstbewusstsein geben, künftig noch konsequenter von der Politik Maßnahmen zur Absicherung ihrer Tätigkeit einzufordern. Etwa zu klären, dass wir als Gesellschaft einen unabhängigen Journalismus auch finanziell langfristig ermöglichen können. Oder dass Journalist*innen besser gegen Angriffe demokratiefeindlicher Gruppierungen geschützt werden. Auch gegen Attacken von Seiten rechtslastiger Akteure in Polizei und Justiz. Oder dass das Recht auf Informationsfreiheit garantiert und die Aushöhlung des Redaktionsgeheimnisses durch schärfere Überwachungsgesetze definitiv gestoppt wird.

Mit einiger Sicherheit dürfte Corona die Digitalisierung hierzulande beschleunigen. Viele Journalist*innen haben Erfahrungen mit Home-Office und Zoom-Konferenzen gemacht, dieser Arbeitsweise sogar Positives abgewinnen können. Aber Vorsicht! Manche Verlage könnten versucht sein, diese Erfahrungen für ihre Zwecke zu kapitalisieren. Durch die Reduzierung von Mietkosten, durch Arbeitsverdichtung per Fernsteuerung oder durch eine schleichende Verlängerung der Arbeitszeiten. In dieser Hinsicht ist – auch gewerkschaftliche – Wachsamkeit geboten.

Ausgerechnet in Zeiten größten Informationsbedarfs offenbarte sich bei viele private Medien eine Art Systemversagen. Printmedien erlitten dramatische Werbeumsatzeinbußen. Ihr schon vor dem Ausbruch der Pandemie schwächelndes Geschäftsmodell siechte weiter. Viele Verlage schickten ihre Beschäftigten in Kurzarbeit, private Radio- und TV-Anbieter forderten vom Staat massive Finanzhilfen – sonst Konkurs! In dieser Situation erwies sich speziell der öffentlich-rechtliche Rundfunk als eine verlässliche Säule der Demokratie. ARD, ZDF und Deutschlandradio organisierten den gesellschaftlichen Dialog. Die „Tagesschau“ entzündete – trotz mancher Redundanzen in den täglichen Specials – einmal mehr das „Leuchtfeuer der Aufklärung“. Verlierer der Krise sind dagegen die Boulevardpresse und viele soziale Medien. Sie verloren letzte Reste an Glaubwürdigkeit, profilierten sich eher als Verbreiter von Verschwörungsmythen und Angstpropaganda.

Die Konsequenz kann nur sein: Verteidigen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegen seine kleingeistigen Gegner vor allem in CDU, FDP und AfD! Kämpfen wir für eine solide, bedarfsgerechte Finanzausstattung der sehr systemrelevanten Anstalten. Entlarven wir das schändliche Gefeilsche um einige Cent Beitragserhöhung als demokratiefeindlich. Aufgabe von ARD, ZDF und Deutschlandradio ist es schließlich nach Auffassung unserer Verfassungsrichter, die „für die freiheitliche Demokratie konstitutive Meinungsvielfalt“ mit zu sichern. Die Grundversorgung mit diesem hohen Gut sollte sich die Gesellschaft allemal den Gegenwert von zwei Maß Bier pro Monat und Haushalt kosten lassen. **Günter Herkel <<**

Günter Herkel lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print, Rundfunk und Online

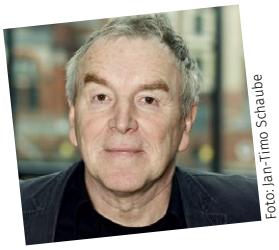


Foto: Jan-Timo Schaube

Anzeige

« Das Familienkonzept

RobertKneschke-stock.adobe.com

Für Sie, Ihren Partner und Ihre minderjährigen Kinder!

Risiken absichern
Steuern sparen
Förderungen nutzen

Jetzt informieren
www.presse-versorgung.de/familie

Presse-Versorgung
0711 2056 244
info@presse-versorgung.de

Als das Coronavirus nach Deutschland kam, standen Mitte März auch die Auszubildenden vor den geschlossenen Türen der Berufsbildungszentren. Betriebe verlagerten die Arbeit ins Homeoffice ihrer Beschäftigten, meldeten Kurzarbeit an oder mussten ganz schließen. Wie sollten Ausbildung und Prüfungen weitergehen?

Digitaler Lernraum Berufsschule

Von Susanne Stracke-Neumann

Dem „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung“ (BVLB) offenbarten sich in der Coronakrise die „eklatanten Schwächen“ des „bildungspolitischen Flickenteppichs in Deutschland“, als einige Kultusministerien erwogen, die Abschlüsse auf der Basis der Leistungen bis Anfang März zu vergeben. Die Vorsitzenden der „Berufsbildner“, wie sich der BVLB auch nennt, verlangten Chancengleichheit und forderten, die Abschlussprüfungen zu verschieben, nicht abzusetzen: „Auch in der Krise darf die Prüfungspflicht nicht ausgesetzt werden.“

Zu diesem Schluss kamen auch die Bildungsverantwortlichen der Länder: Zunächst wurden zwar die Zwischenprüfungen ersatzlos gestrichen, die bundeseinheitlichen schriftlichen Abschlussprüfungen aber verlegt, für die Medienberufe auf den 17. Juni. Die mündlichen Prüfungen begannen später und werden, je nach Industrie- und Handelskammer (IHK), bis weit in den Sommer dauern.

Bei den Berufsschulen kam der Bildungsstoff auf neuen Wegen zu den Schüler*innen: als Lernpaket per Post, per Mail oder auf digitalen Plattformen. Als Ende April die Berufsschulen wieder öffneten, konnten sie Präsenzunterricht zunächst nur für bestimmte Ausbildungs- und Abschlussklassen anbieten, die anderen Jahrgänge folgten gestaffelt. Wegen der Abstandsregeln

Gemeinsam mit den Ausbildern online

Symbolfoto: Getty Images

Foto: Lena Laurisch/Ernst-Litfaß-Schule

Drucken und fotografieren – Präsentation von zwei Ausbildungen an der Ernst-Litfaß-Schule am Tag der offenen Tür 2020 – noch vor dem Corona-Shutdown.

Interessent*innen können sich jedes Jahr über die schulischen Ausbildungsangebote informieren. Neben Drucktechnik und Fotografie gibt es Einblicke in die Fachbereiche Mediengestaltung, Geovisualisierung und Weiterverarbeitung.

wurden die Klassen in kleine Gruppen aufgeteilt und nur abwechselnd unterrichtet. Für Schulorganisatoren wie Wilm Diestelkamp, den Abteilungsleiter der Berufsschule am Oberstufenzentrum der Ernst-Litfaß-Schule für Mediengestaltung und Medientechnologie in Berlin, bot sich ein buntes Puzzle mit vielen Teilen. An der Ernst-Litfaß-Schule bedeutet das eine Zweiteilung: Die Mediengestalter*innen und Fotograf*innen werden fast ausschließlich im Fernunterricht beschult, erklärt Diestelkamp und verweist dankbar auf die vielen Aktivitäten der Kolleg*innen in diesem Bereich. Bei den Medientechnolog*innen Druck, -Druckverarbeitung, -Siebdruck und den Packmitteltechnolog*innen spielt der Präsenzunterricht neben Online-Aufgaben eine große Rolle, wegen der nötigen Technik, der teils mangelnden Ausstattung der Azubis mit Computer-Lernplätzen, aber auch wegen einer geringeren „digitalen Affinität“ und Vorbildung, erläutert Diestelkamp die Situation seiner Schüler*innen.

In diesen Ausbildungsgängen ist die Zahl der Schüler*innen mit Hauptschulabschluss viel höher als etwa bei den Mediengestalter*innen. Die Übersicht der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zur schulischen Vorbildung zeigt bei den technischen Berufen, zu denen in der Statistik auch die Medientechnolog*innen im Druckbereich gehören, ziemlich konstant einen Anteil von 18 Prozent Hauptschule und 50 Prozent Realschule. Rund ein Viertel beginnen die Ausbildung mit einer Hochschul- oder Fachhochschulreife. Für die „Querschnittsberufe“ wie Mediengestalter*innen verzeichnet die Statistik in den vergangenen Jahren einen Anteil von unter fünf Prozent Hauptschule, etwa ein Drittel Realschule und um die 60 Prozent mit Abitur oder Fachabitur. Darunter sind auch Auszubildende mit Hochschulerfahrung oder sogar abgeschlossenem Studium.

Kurzer „Weg“ zur Arbeit und fehlende Kontakte

Die auszubildenden Mediengestalter*innen im ersten und zweiten Lehrjahr an der Ernst-Litfaß-Schule sehen den Online-Unterricht eher positiv. Auch wenn Sarah meint, es sei schon eine „gefühlte Übergangslösung“ und merkwürdig, alle nur übers Display zu sehen. Sie arbeitet überwiegend im Homeoffice und fährt nur in den Betrieb, wenn es die Produktion erfordert. Oder wenn Kundenkontakte im Terminkalender stehen, ergänzt Vivien im natürlich per Digitalplattform geführten Gespräch mit M.

„Man muss sich seine Struktur für einen geregelten Arbeitstag selbst schaffen“, fasst Sarah ihre Tage im Homeoffice zusammen. Sofie findet es eigentlich sehr angenehm im Homeoffice, wenn man sich den Tag gut einteilt. Sie habe auch vorher schon viel digital gearbeitet. Daniel, der seine Ausbildung in einer Grafikabteilung im Öffentlichen Dienst absolviert, hat für das Homeoffice einen Rechner bekommen und spart wegen des kurzen Wegs zur Arbeit am heimischen Schreibtisch viel Zeit. „Mir geht es sehr gut dabei“, kommentiert er die vergangenen Wochen, die er als eine Zeit der Konzentration empfindet. „Ich finde gerne alles selbst heraus“. Sie hätten ja auch schon vorher in der Schule sehr viel mit der Online-Platt-

form „Lernraum Berlin“ gearbeitet. „Trotzdem wäre es mir lieber, mal wieder zur Schule zu fahren wegen der sozialen Kontakte.“ Auch wenn er regelmäßig mit Lehrer*innen und Ausbildern telefoniert.

Erklärvideos und Quiz in der Schulcloud

Es gebe etliche Angebote zum Austausch, erklärt Lehrerin Elisabeth Lohse, wie das an der Schule übliche Tutorensystem, Chats oder auch die Podcast-Reihe zum Schulalltag in Corona-Zeiten von Lohse und ihrer Kollegin Caroline Münch. In der wöchentlichen Videokonferenz mit den Schülerinnen und Schülern werden auch Probleme angesprochen. So hatten einige berichtet, dass sie von den Betrieben nicht genug Zeit zum Lernen für die Schule erhielten. Mittlerweise habe sich das gebessert, so Lohse.

Die Düsseldorfer Berufsschullehrerin Tanja Diaz von Lochow, die seit Mai im 14-tägigen Wechsel jeweils nur die halbe Klasse in der Schule sieht, hat in der langen Zeit des „Homeschoolings“ nicht nur Arbeitsblätter, sondern auch Erklärvideos in die Schulcloud gestellt. Für die Gruppenarbeit gibt es in der Cloud eigene Ordner. Für die Abschlussklasse bastelte sie ein Quiz mit häufigen Prüfungsfragen. Die Berliner Lehrerin Münch hebt hervor, dass „Selbstorganisation“ auch schon vor Corona ein Thema im Unterricht war, „aber jetzt verstehen die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung aus eigener Erfahrung.“ Auch Diestelkamp sieht in mehr Selbstständigkeit ein Ziel, das er künftig noch stärker im Berufsschulunterricht verfolgen will.

Während die Mediengestalter*innen den Vorteil haben, ihren Arbeitsplatz und ihre Produkte mit PC oder Laptop relativ flexibel gestalten zu können, sei es im Betrieb oder im Homeoffice, sieht das für die Fachkräfte der Veranstaltungstechnik schon schwieriger aus – denn Veranstaltungen finden derzeit nicht statt. Zu ihrer Abschlussprüfung gehört eine Projektarbeit, erläutert Ralf Stroetmann, Solo-Selbstständiger der Veranstaltungstechnik und Prüfer sowohl für Azubis wie für Meister*innen seines Fachs (s. „Ehrenamt Prüfer“, S. 15). Diese Projektarbeit besteht in der Planung und Durchführung einer Veranstaltung und hätte zwischen März und Mai erledigt werden sollen. Aber: Keine Veranstaltungen, keine Projektarbeiten. Soweit möglich, sollten die Auszubildenden die Technik im Betrieb aufbauen. Prüfer besuchen diese Aufbauten stichprobenhaft, das bleibe aber ohne Einfluss auf die Note, erklärt Stroetmann die schwierige Situation.

Durch den kompletten Ausfall von Galas, Konzerten, Sportveranstaltungen und anderen Events fehlt den Auszubildenden in der Veranstaltungstechnik jetzt nicht nur der Präsenzunterricht in der Berufsschule, sondern auch die betriebliche Ausbildung ist massiv eingeschränkt. Um dennoch auf die bundesweite schriftliche Abschlussprüfung am 16. Juni gut vorzubereiten, bietet die Interessengemeinschaft Veranstaltungswirtschaft (IGVW) seit 11. Mai ein Kursangebot auf der neuen Plattform „IGVW 4 Education“: Neben Einzelfragen zu Ton, Licht, Veranstaltungsorganigrammen oder Plänen werden auch ganz konkret Kurse zur Prüfungsvorbereitung angeboten.

Susanne Fritzsch organisiert dieses Kursangebot, sie will nicht nur die Techniker*innen, sondern auch die Veranstaltungskaufleute ansprechen. Die Kurse zur Prüfungsvorbereitung stehen zu Zeit ganz vorn in der Nachfrage. Rund 50 Azubis nutzen die jeweiligen kostenlosen Angebote nach der ersten Woche: „Das Feedback von Ausbildungsbetrieben und deren Azubis ist sehr positiv und die Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden der Branche rege. Täglich kommen neue Kursangebote hinzu und die Reichweite steigt“, erklärt Fritzsch. Die Dozent*innen seien selbst Ausbilder*innen und/oder Fachleute der Branche.

Veränderte Regelungen bei Fortbildungen

Die Corona-Schließungen haben aber nicht nur die berufliche Ausbildung getroffen, sondern auch die berufliche Weiterbildung. Auf vielen IHK-Internetseiten findet man die Terminverschiebungen für Fortbildungsprüfungen aller möglichen Fachrichtungen.
Im Mai hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) drei neu geregelte Fortbildungen in der Medien- und Veranstaltungsbranche hervorgehoben: die/den „Geprüfte/n Meister/in für Veranstaltungstechnik“, die/den „Geprüfte/n Industriemeister/in Fachrichtung Printmedien“, der jetzt auch die Buchbinderei einschließt, und die/den „Geprüfte/n Medienfachwirt/in“. Die Regelungen, so das BIBB, „greifen inhaltlich auch Veränderungen durch die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung auf. Insbesondere im mittleren Management bedeutet dies für Beschäftigte mit höherer Fachkompetenz und Führungsverantwortung eine deutliche Erweiterung ihres Tätigkeitfelds.“

Neue Prüfungsverordnungen, ob für Fachkräfte oder Meister, werden von den Expert*innen der Berufsbildung zusammen mit Vertreter*innen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite konzipiert. Ralf Stroetmann,

Auch Leimen will geübt sein! Ein Schüler in der Buchbinderwerkstatt der Ernst-Lifaß-Schule.

Foto: Lena Laurisch/Ernst-Litfaß-Schule

Foto: Robert Kiehn/BIBB

Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Farmsen BS19 Hamburg auf der Suche nach der richtigen Einstellung bei Kamera, Licht und Ton.

ebenso wie Uta Kupfer von ver.di, bei der Erarbeitung der neuen Prüfungsverordnung „Veranstaltungsmeister/in“ beteiligt, stellt besonders die verstärkte Aufgabe der Personalführung für die neuen Meister*innen heraus. Dazu gehöre als Teil der Prüfung auch ein Rollenspiel zu einem Konfliktgespräch. Durch die neue Prüfungsordnung, die seit Jahresbeginn in Kraft ist, fallen die früheren Meisterprüfungen ohne Fachrichtung und die Meisterprüfung mit den Fachrichtungen „Bühne/Studio, „Beleuchtung“ und „Halle“ weg.

Den ersten Kurs für den neuen Abschluss als „Geprüfte/r Meister/in für Veranstaltungstechnik“ erlebte Stroetmann, der selbst Dozent ist, an der Deutschen Event Akademie in Hannover mit. Aber nur einen Tag lang, dann kam auch hier die Corona-Schließung. Geschäftsführerin Anke Lohmann musste zehn Männer und eine Frau gleich wieder verabschieden. Weiter ging es mit dem Kurs, der eigentlich sehr stark auf Präsenz und Projekte ausgerichtet ist, am PC. Das war für die Teilnehmer*innen ziemlich herausfordernd. Normalerweise treffen sie sich zum zwei- bis dreiwöchigen Blockunterricht an der Akademie und absolvieren nur ein Fünftel der 850 Lerneinheiten à 45 Minuten im Selbstlernen.

Neu entwickelte Didaktik für Online-Unterricht

Auch für die Dozent*innen war das eine grundlegende Veränderung des Fortbildungsformats. Für diesen Online-Unterricht müsse man eine ganz neue Didaktik entwickeln, sagt Stroetmann. Das sehen auch Wilm Diestelkamp von der Ernst-Litfaß-Schule und seine Kolleginnen so. Für Diestelkamp ist dabei nicht die Technik das Problem, sondern die jeweils auf die verschiedenen Ausbildungsrichtungen und -niveaus abzustufende digitale Lehre. Er geht davon aus, dass die Online-Vermittlung nach diesem Schuljahr nicht wieder zweitrangig wird, sondern dass die Einschränkungen durch die Pandemie auch im kommenden Schuljahr noch deutlich zu spüren sein werden. Ähnliche Überlegungen gibt es offenbar ebenfalls in Schulverwaltungen und auch bei den organisierten Berufsschullehrern: „Denn die Frage ‚Homeschooling vs. Präsenzunterricht?‘ stellt sich nicht mehr. Der Mix aus beidem … ist gelebte Realität – und bleibt es auch auf Dauer.“ Das macht die Planung für das neue Schuljahr ebenso schwierig wie Diestelkamps Befürchtung, im nächsten Jahr weniger Schüler*innen begrüßen zu können. Betriebe könnten als Folge der Krise Ausbildungsplätze abbauen. Eine Sorge, mit der er nicht allein ist. Auch die IHKs, Handwerkskammern (HWK), Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Verwaltungen und Unternehmerverbände fordern dazu auf, Betrieben für den Erhalt von Ausbildungsplätzen Hilfe anzubieten und wollen dafür zum Beispiel in Berlin und Brandenburg enger zusammenarbeiten.

Als Konsequenz aus den Schulschließungen haben die „Berufsbildner“ vom BVLB und ihre Realschulkollegen, die Bildungsallianz Mittelstand und der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft „ein digitales Fitnessprogramm für die Schulen“ gefordert. Es gebe keine übergreifende „Bildungscloud“, sondern bisher nur „digitale Insellösungen“. Für Caroline Münch, die Berufsschullehrerin aus Berlin, hat die Coronakrise bei aller Tragik und allen Einschränkungen, die sie gebracht hat, doch ein Gutes als Chance für „mehr Bewegung in der Bildungspolitik“. Ihre Kollegin Elisabeth Lohse ergänzt: als „Zwang, sich neuen Herausforderungen zu stellen“. <<

nfo

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BVLB):
www.bvlb.de

Plattform
www.lernraum-berlin.de/start/

Kursangebot
https://igvw4edu.de/

Bundesinstitut für Berufsbildung – neue Regelungen Fortbildung:
https://tinyurl.com/Neue-Fortb-Medien-Veranst

Ausbremsen gilt nicht

Die Ausbildung im Bühnenservice läuft – nur eben anders als sonst

Fünf Wochen Shutdown. So wird dieser Corona-Frühling auch in die Biografien der Auszubildenden des Bühnenservice Berlin eingehen. Der Theaterdienstleister unter dem Dach der hauptstädtischen Opernstiftung ist der größte Ausbildungsbetrieb in der Berliner Kulturbranche. Was bedeutet der Ausfall für die angehenden Fachkräfte für Kostüm- und Requisitenfertigung oder Bühnenbildproduktion? Wir fragten vor Ort nach.

Drei sind ausgebremst. In der Montagehalle bauen sie an einer riesigen Dekorationswand für eine Neuinszenierung an der Deutschen Staatsoper. „Neun Meter hoch und zwei Meter breit. Die Wand soll irgendwie einschweben“, wissen sie. Doch gerade fehlt eine Lösung. Und der Mann, der entscheiden müsste, ist wegen Kurzarbeit nicht in der Werkstatt. So muss der Bau pausieren. Wilfried Klingbeil und seine Azubi-Kollegen aus dem zweiten Lehrjahr werkeln deshalb an ihren Hobelbänken, füllen Berichtshefte aus, lesen in Arbeitsmaterialien. In die Berufsschule sollen sie erst Ende Juni wieder. Ob die anstehende Zwischenprüfung abgenommen wird, ist noch unklar. „Dafür können wir ja jetzt hier genug üben“, sagt Wilfried. „Zeit zum Lernen bekommen wir auch.“

Foto: Christian v. Polentz

Bühnenservice der Stiftung Oper in Berlin, Lehrwerkstatt für Tischler. Ausbilder Ronny Krause (Mitte) mit Svenja, Alexander und der Diagonalleiste.

Ein hölzerner Werkstattbock, vielfältig zu gebrauchen, sei „ein Knaller zum Bauen“ für angehende Tischler – wegen der vielen schrägen Teile. Heute hat Lehrausbilder Ronny Krause dazu eine seiner Lieblingsaufgaben gestellt: Die Winkel an der Diagonalschräge ermitteln. Knifflige Sache. Nur einmal bisher sei ein Azubi ganz allein auf die Lösung gekommen. „Die drei knobeln noch“, meint Krause mit Blick auf die Auszubildenden des ersten Lehrjahres. „Wir klären das dann gemeinsam.“

Krause, der die Lehrwerkstatt leitet, ist ein exzellenter Fachmann und hat ein gutes Händchen bei der Auswahl seiner Azubis. 230 Bewerbungen sichtet er aktuell für drei Ausbildungsplätze ab Herbst. „Wir nehmen nicht nur Abiturienten. Warum soll jemand mit Hauptschulabschluss kein guter Tischler werden?“ Motivation und handwerkliches Geschick seien das Wichtigste. Gut, einen Blick auf die Noten wirft der Ausbilder natürlich auch. Bestergebnisse bei Prüfungen und Preise bei Berufswettbewerben geben ihm Recht.

Mit dem Niveau seines ersten Lehrjahres ist er erneut sehr zufrieden. Hier geht es zunächst um handwerkliche Techniken, Maschinen kommen später zum Einsatz. Im Lehrprogramm seien sie bisher so gut vorangekommen, dass sie den Ausfall im März und April, der durch die coronabedingte Schließung des Bühnenservice entstanden ist, „ganz sicher kompensieren“ können. Auch Svenja Haarmann-Thiemann, Camilla Schlief und Alexander Stuker sind, was die handwerkliche Seite angeht, optimistisch. Die Praxis sei „nicht das Ding“. Bedenklicher stimmt sie der Unterrichtsausfall in der Berufsschule. „Jein“, heißt es auf die Frage, ob sie zwischenzeitlich Aufgaben bekommen hätten. Theorie-Unterweisungen seien Ausbilder Krause überantwortet worden. Mit den digitalen Möglichkeiten hapere es in der Berufsschule eher noch.

Abteilungsleiter Jörg Wiedemann von der Max-Bill-Schule, dem Berliner Oberstufenzentrum Planen, Bauen, Gestalten, will das bei späterer Nachfrage so nicht gelten lassen. Er verweist auf die Plattform „Lernraum Berlin“, wo Lehrmaterialien eingestellt und Aufgaben auch kontrolliert würden. Doch sei „die Situation für alle neu“ gewesen, 30 Prozent der Lehrer zählten zur Risikogruppe. Man konzentriere sich auf die Abschlussjahrgänge, schon bei den Tischlern an die 200 Azubis. Solange die Berufsschulpflicht ausgesetzt sei, liege die Verantwortung bei den Ausbildungsbetrieben. Doch im Mai habe man Möglichkeiten digitaler Fernbeschulung so richtig ausgetestet. Flächendeckend eingeführt werden soll Unterricht an Computern nach den Sommerferien. Erst dann kommen auch die Azubis des jetzigen ersten Lehrjahres wieder zum Präsenzunterricht an der Schule.

Anfang Mai sind zumindest die Abschlussjahrgänge dorthin zurückgerufen worden. Prüfungsvorbereitung steht an. Vom Bühnenservice betrifft das, nachdem seine zwei Jahrgangskolleginnen vorzeitig ausgelernt haben, nur noch Jonathan Hilliger. Der JAV-Vorsitzende der Stiftung Oper in Berlin weiß über den Stand bei den anderen Auszubildenden im Bühnenservice genau Bescheid. Ihm selbst bringe die Schule momentan

„richtig viel“. Mit 1,50 m Abstand und neun Schüler*innen im Klassenraum macht er sich für seine Prüfungen fit. Die Termine im Juni stehen fest. Sein Gesellenstück, einen ausziehbaren Tisch, muss er bis Anfang August fertig haben …

Mit etwas „Sinnvollem“ wurde in der Kostümabteilung die Zwangspause ab Mitte März überbrückt: Wie alle anderen Beschäftigten sind die Azubis auf „mobiles Arbeiten“ umgestiegen und haben auf heimischen Maschinen Masken genäht. Den Prototyp in verschiedenen Varianten zeigt Ausbilderin Monika Krenz. Die Gewandmeisterinnen hätten vor Ort zugeschnitten, die „Näher*innen“, unter die sich auch die Schuhmacher mischten, holten sich Material ab oder bekamen es über einen Shuttle zugeliefert. Fertige Teile kamen zurück. 20.000 Masken entstanden so, die vorwiegend an Alters- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Arztpraxen, aber auch in die Berliner Verwaltung gegangen seien. „Zuletzt haben wir 1.800 Stück an die Zentral- und Landesbibliothek geliefert, als die Häuser wieder öffnen durften“, erklärt Geschäftsführer Rolf D. Suhl. Da Anproben in der Kostümschneiderei bis auf weiteres nicht möglich sein werden, wolle man leerstehende Flächen nutzen, die Arbeitsplätze der Auszubildenden mit Abstandsgebot weiter räumlich zu entzerren. Mehr angehende Damen- und Herrenschneider*innen könnten so zeitgleich wieder an ihren Ausbildungsplatz zurück.

Noch wird rolliert. Die zwei Damen- und zwei Herrenschneider-Azubis des zweiten Lehrjahres üben gerade an Teilen, die für ihre zunächst ausgefallene Zwischenprüfung auf dem Programm stehen. Bei den Herren kann das rechte Bein einer Hose vorgearbeitet werden. Das linke ist dann mit Zeitlimit in der Prüfung zu nähen. Nico Vanni hat die Taschen für seine graue Übungshose fertig und kümmert sich nun um eine Leineneinlage im Bund. Wie seine Jahrgangskollegin Elisabeth Riele investiert er zusätzlich Zeit für die Theorie. Aus dem Oberstufenzentrum Mode kommen Aufgaben: „Für Stoffkunde legen wir gerade ein Stoff-Lexikon an.“ Elisabeth fürchtet keine großen Ausfälle. Sie ist „sehr glücklich“ über ihren Ausbildungsplatz und den hohen Standard. Melissa Roxanne Hebold als angehende Damenschneiderin wird bei der Zwischenprüfung einen Rock mit Taschen und Schlitz anfertigen müssen, soviel ist inzwischen klar. Ihr gefällt in ihrem Metier ein „noch größeres Spektrum“ an gestalterischen Möglichkeiten, vor allem durch Schmucktechniken.

Die werden auch beim Gesellenstück der Azubis aus dem 3. Lehrjahr gefragt sein, wenn es um die Gestaltung eines kompletten „Ensembles“ geht. Die Herrenschneider*innen fertigen dagegen ein Sakko. Ausbilderin Karin Krenz fürchtet für den aktuellen Abschlussjahrgang keine ernsthaften Lücken. Auch das Oberstufenzentrum sei sehr aktiv – „sogar mit Videokonferenzen“. Ein Foto, das die Akteure des dritten Lehrjahres maskentragend bei einer solchen Unterrichtseinheit zeigt, hat sie auf dem Handy. In ihren 40 Dienstjahren an der Staatsoper und beim Bühnenservice gab es so etwas schließlich noch nie.

Seit 22. April sind auch die Auszubildenden in der Schuhmacherei, die angehenden Bühnenmaler und -plastiker, wieder zurück in den Werkstätten. Für sie gilt keine Kurzarbeit. Für die nichtkünstlerischen Beschäftigten des Bühnenservice und der gesamten Stiftung Oper in Berlin dagegen schon. Mit ver.di wurde ein Covid-19-Tarifvertrag vereinbart, der unter anderem das Kurzarbeitergelt auf 100 Prozent aufstockt.

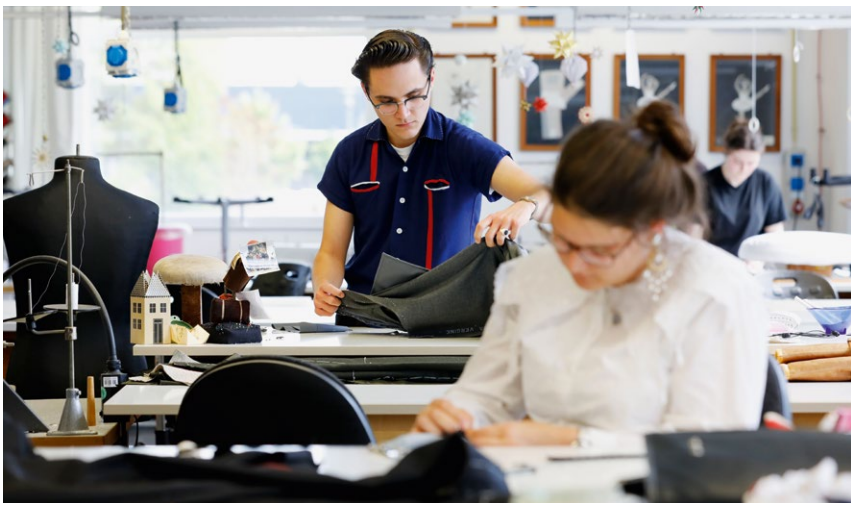


Foto: Christian v. Polentz

Bühnenservice der Stiftung Oper in Berlin, Lehrwerkstatt für Damen- und Herrenmaßschneider*innen. Elisabeth (vorn) und Nico nähen Herrenhosen auf Probe für die Zwischenprüfung.

Er sei froh, dass mit einem entsprechenden Hygiene- und Sicherheitskonzept ab 11. Mai zunächst der Betrieb in der Tischlerei und den gesamten Dekorationswerkstätten wieder hochgefahren werden konnte. „Alles, was wir nun für künftige Premieren vorproduzieren, wird zunächst eingelagert“, erläutert Bühnenservice-Geschäftsführer Suhl. „Wir haben immer sehr intensiv ausgebildet, auch um die theaterspezifische Qualifikation und das Know-how zu sichern.“ Die Ausbildungsplätze seien einmalig und begehrt, speziell im handwerklichen Bereich. 30 Auszubildende gibt es im Bühnenservice aktuell, im Stiftungsdach fast nochmal so viele. Dort werden vorrangig Kaufleute für Büromanagement und Fachkräfte für Veranstaltungsmanagement ausgebildet. Es sei „immer wieder toll, wie viel die jungen Leute lernen. Sie bringen auch Munterkeit und Dynamik ins Haus.“, Man könne so gut wie allen Ausgelernten eine Übernahme anbieten – teilweise befristet. Das dürfte so bleiben, „mittelfristig gibt es Personalbedarf“, so der Geschäftsführer.

Kontinuität sei für das kommende Ausbildungsjahr 2020/21 beschlossen worden, auch wenn noch offen ist, ob die bisherige hälftige Förderung der Azubi-Entgelte aus dem solidarischen Finanzausgleich des Berliner Senats fortgeführt wird. Dafür hat sich auch der Personalrat bei der Finanzverwaltung stark gemacht. „Wir wollen den gegenwärtigen Umfang und das Niveau der Ausbildung unbedingt halten“, so das für die Jugendvertretung zuständige Personalratsmitglied Klaus Grunow. **Helma Nehrlich <<**

Blaue Flecken gehören dazu

Stuntleute: Multitalente mit viel Geduld und gesunder Selbsteinschätzung

Stuntleute können spektakulär kämpfen, stürzen oder sich mit dem Auto überschlagen. Doch sie können auch Dinge, die auf der Leinwand nicht so deutlich zu sehen sind: Sie sorgen für die Sicherheit am Seil oder unter Wasser und bauen auch mal ein Glasdach für eine Actionszene selbst. Wer sich für diesen Beruf entscheidet, sollte belastbar und furchtlos sein – und die eigenen Fähigkeiten gut einschätzen können.

Fotos (2): Kay Herschelmann

Hannah Spreitzenbarth (links) und Niklas Kinzel (oben), Dani Stein (rechts)

Sie kommt zur Hilfe, als ihre Kollegin in einem Zweikampf mit einem Bösewicht steckt. Nimmt Anlauf und springt mit gestrecktem Bein auf den Mann zu, dreht sich um die eigene Achse und will ihm einen Schlag ins Gesicht verpassen. Den kann der Mann abwehren – dafür verpasst sie ihm nur wenige Sekunden später einen fiesen Tritt in die Kniebeuge. Die Zuschauer*innen von „3 Engel für Charlie“ von 2019 sehen in dieser Kampfszene eine gnadenlose Kristen Stewart im knappen Glitzerkleid – sie sehen aber auch Hannah Spreitzenbarth, eines der drei Doubles der US-Schauspielerin. Als Stuntfrau kam sie in den Actionszenen des Films zum Einsatz.

Weniger actiongeladen geht es an diesem Tag Anfang Mai zu. Normalerweise würden Hannah Spreitzenbarth und ihr Freund Niklas Kinzel jetzt mit anderen Stuntleuten trainieren, vielleicht Kampfsport machen oder einen Workshop für Autostunts belegen. Doch wegen der Corona-Pandemie haben die Hallen geschlossen, Filmdrehs wurden abgesagt. Da muss der Park in der Nähe ihrer Berliner Wohnung reichen. Dort machen sie Boxtraining, schlagen und kicken abwechselnd gegen das Schlagpolster und stellen eine Mini-Kampfszene nach.

„Ich bin nicht für den Schreibtisch geboren“, sagt Niklas Kinzel. Trotz der Unsicherheit, die er und seine Kolleg*innen derzeit erleben, schwärmt er von seinem Job. Er könne reisen und arbeite mit Menschen, die andere nur auf der Leinwand erleben. „Ich bin sehr glücklich, dass ich diesen Beruf machen kann.“ Auch wenn das bedeute, dass man bei einem Dreh nicht nur einmal, sondern vielleicht mehr als ein Dutzend Mal eine Treppe hinunterstürzen müsse. „Es wird immer von uns erwartet, dass wir nicht meckern“, sagt er.

Kein anerkannter Beruf

Der 31-Jährige hatte eigentlich vor, Sozialarbeiter zu werden. Aber da war diese Leidenschaft für den Kampfsport, die ihn schon seit seiner Kindheit begleitet. Über Kontakte landete er als Stuntman bei der RTL-Serie „Lasko – Die Faust Gottes“. Hinter der Serie steht die in Hürth bei Köln ansässige Filmproduktionsfirma Action Concept, die sich auf Formate spezialisiert hat, in denen Stunts eine große Rolle spielen und die auch die Serie „Alarm für Cobra 11“ produziert. Niklas Kinzel fasste Fuß im Stungeschäft. Als Quereinsteiger ist er eher die Regel als die Ausnahme unter den Stuntleuten. Stuntleute können auch Sachen machen, die für Filmzuschauer*innen weniger sichtbar sind. Niklas Kinzel ist zum Beispiel auch Stuntrigger. Das bedeutet, dass er am Set Stunts betreut, für die Seile genutzt werden. Die kommen oft dann zum Einsatz, wenn Darsteller*innen durch die Luft fliegen, etwa nach einem kräftigen Schlag.

Foto: Elke Schmidt

„Stuntman ist kein anerkannter Beruf, für den es eine festgelegte Ausbildung und dann einen Abschluss gibt“, sagt Pamela Gräbe, Geschäftsführerin der German Stunt Association – das ist der Bundesverband deutscher Stuntleute. Praxiserfahrungen am Filmset seien entscheidend. „Die praktische Seite ist ganz wichtig. Learning by doing mit erfahrenen Stuntkoordinatoren“ sei der beste Weg, um in den Beruf einzusteigen. Besondere Fähigkeiten eignen sich Stuntleute auch über Workshops und Weiterbildungen an. In Workshops, die unter anderem die German Stunt Association anbietet, üben sie Autostunts, Theaterfechten und Kampfchoreografien oder lernen, wie ein Stunt vor der Kamera am besten zur Geltung kommt. Einige Stuntleute haben zusätzliche Qualifikationen, etwa als Industrieklet-ter*in oder als so genannter Rescue Diver, der für die Sicherheit bei Tauchszenen sorgt. Als Voraussetzung für diesen Beruf sieht der Verband eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium an – auf eine bestimmte Fachrichtung ist man jedoch nicht festgelegt.

„Learning by doing“ – diesen Weg wählte Hannah Spreitzenbarth. Sie ist ausgebildete Balletttänzerin, stellte aber fest, dass diese Branche nichts für sie ist, und beschloss, Stuntfrau zu werden. „Dafür habe ich fünf Jahre trainiert“, sagt die 30-Jährige. So oft es ging, nahm sie am Training von Stuntleuten teil. Immer wieder bot sie sich für Tests an, mit denen Stunts vorab ausprobiert und geprobt werden. Dabei kam ihr zugute, dass sie bereits Leute in der Szene kannte. Die Branche in Deutschland ist überschaubar, man kennt sich. „Das Netzwerk ist alles“, sagt Hannah Spreitzenbarth.

Die German Stunt Association schätzt, dass es in Deutschland bis zu 160 Stuntleute gibt, von denen nur etwa 20 Prozent Frauen sind. Das liege daran, dass es in TV- und Kinoproduktionen generell weniger Rollen für Frauen gebe, sagt Gräbe. Zudem seien in den Drehbüchern weniger Actionszenen für weibliche Charaktere vorgesehen. Der Verband der Stuntleute unterscheidet zwischen neun verschiedenen Berufsbildern in der Branche – das sind neben den Stuntperformern und -riggern unter anderem Choreograph*innen für Kampfszenen oder Expert*innen für Stunts mit Pferden. Eine tragende Rolle hat der Stunt Coordinator, der für die Umsetzung der Actionszenen zuständig ist.

„Der Stunt Coordinator ist am Set das Bindeglied zwischen der Regie und den Stuntleuten“, sagt Dani Stein im Telefongespräch mit „M“. Die Wahlberlinerin ist eine der wenigen weiblichen Stuntkoordinatoren weltweit. Sie entscheidet, welche Szenen gedoubelt werden und sorgt dafür, dass die Ausstattung stimmt. „Wenn jemand in einem Film durch ein Glasdach fällt, weiß ich, wie das Dach gebaut werden muss.“ Häufig baut sie die Sachen gleich selbst – handwerkliches Geschick kann im Stuntgeschäft nicht schaden. Zuletzt hat sie unter anderem die Stunts für die Serie „Babylon Berlin“ koordiniert.

Seit 30 Jahren ist Dani Stein außerdem als Stuntfrau aktiv, ihr Alter verrät sie grundsätzlich nicht. Wer sich ihre Website ansieht, kann ihr dabei zuschauen, wie sie in eine Fensterscheibe kracht, mit einem Auto über eine Parkschranke hinweg fliegt oder auf einem brennenden Motorrad ins Wasser stürzt. Ihre Begeisterung gilt allem, was schnell fährt. Sie „liebe Geschwindigkeit“, brauche den Adrenalinschub, den der Job ihr gebe. Dafür nimmt sie einiges in Kauf: Arbeitstage, die 16 Stunden dauern können, und kurzfristig angekündigte oder verschobene Drehtage, Phasen, in denen es am Stück sehr viel, dann wieder weniger zu tun gibt. Das sei nicht einfach gewesen, als ihre Tochter noch klein war. „Das war hart als alleinerziehende Mutter. Ich habe an die 30 Kindermädchen und Babysitter verschlissen.“

Oft seien Stuntleute nur tageweise in Filmprojekten tätig, sagt Pamela Gräbe. Bei großen, internationalen Produktionen wirkten sie aber auch mehrere Wochen oder Monate am Stück mit. Nur wenige Stuntleute seien fest angestellt, die meisten arbeiteten freiberuflich, viele seien in der Künstlersozialkasse. Trotzdem gebe es über den Status der Freiberuflichkeit immer wieder Auseinandersetzungen mit der Rentenversicherung.

Studienabschluss für die Zukunft

Superreich könne man hierzulande als Stuntfrau oder -mann nicht unbedingt werden – anders als in den USA, dem Land der großen Actionfilme. Dort seien manche Stuntleute Millionäre, sagt Dani Stein. In deutschen Produktionen hingegen, vor allem fürs Fernsehen, spielten Actionszenen eine geringere Rolle. Das bestätigt auch Niklas Kinzel: „Wenn man sparen muss, sind wir die ersten, die darunter leiden“. Doch auch in Deutschland lasse sich von dem Job gut leben. „Man kann gut bis sehr gut verdienen“, sagt Dani Stein. Vor Corona habe es ausreichend Aufträge gegeben. Das habe zu großen Teilen an der Streamingplattform Netflix gelegen, die Filme und Serien in hoher Zahl selbst produziert und auch in Deutschland dreht. Wie es weitergeht, weiß sie nicht. Vielleicht, sagt sie, erlebe die Branche einen Boom. „Die Menschen wollen Filme gucken.“ In der Krise kommt ihr möglicherweise eine Eigenschaft zugute, die den Job aus ihrer Sicht erst möglich macht: „Man darf keine Angst haben“, sagt Dani Stein. Nur dann funktioniere auch ein Treppensturz. Der Körper stecke die Stunts am besten weg, wenn er locker und unverkrampft sei. Sie habe sich noch nie bei einem Stunt einen Knochen gebrochen. Doch blaue Flecken gehörten dazu. „Und meine Schienbeine sehen auch nicht so toll aus“, lacht sie.

Die wohl wichtigste Voraussetzung für den Beruf sei eine gesunde Selbsteinschätzung, sagt Hannah Spreitzenbarth. Falscher Stolz sei fehl am Platz. Niklas Kinzel ergänzt: „Wenn man eine Sache noch nicht gut beherrscht oder einen anderen Schwerpunkt hat, muss man auch mal einen Job ablehnen.“ Die beiden haben sich darauf eingestellt, dass sie nicht bis zur Rente Stunts umsetzen werden. Hannah Spreitzenbarth hat im Fernstudium ihren Abschluss in Kultur- und Medienmanagement gemacht, um für die Zeit nach den aktiven Stunts als Produktionsassistenz am Set arbeiten zu können. Niklas Kinzel will später verstärkt auf seine Arbeit als Stuntrigger setzen.

Dani Stein hingegen möchte nicht von einem Höchstalter ausgehen. Autostunts werde sie noch eine Weile machen können, und ihre Arbeit als Stuntkoordinatorin sowieso. Wie lange man in diesem Job bleiben könne, das sei individuell. Es brauche eben eine gewisse Grundfitness. „Man darf nicht aufhören, man muss immer weiter machen.“

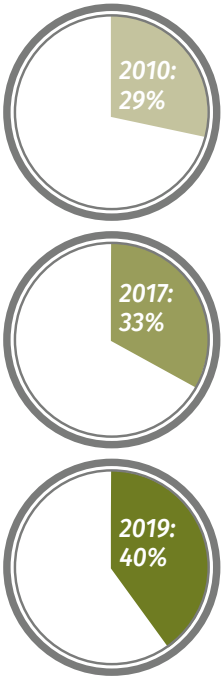
Sarah Schaefer «

Frau macht Buch

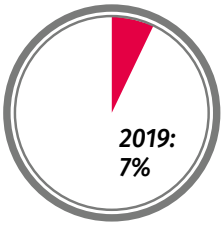
Ausbildung in der Buchbranche als Karrierechance

Die Buchbranche ist größtenteils weiblich geprägt – das belegen auch die Zahlen zu den aktuell laufenden Ausbildungsverträgen, von denen rund 80 Prozent durch Frauen unterschrieben wurden. Im Gegensatz zu anderen Medienbereichen – wie etwa dem Journalismus – entsprechen diese Zahlen aber auch einem vergleichsweise hohen und erfreulicherweise wachsenden Anteil von Frauen in Führungspositionen. Drei Ausbildungsberufe bietet die Branche. Und zahlreiche Möglichkeiten für den Nachwuchs, sich aktiv einzubringen.

Anteil von Frauen in Führungspositionen, Geschäftsführungs- und Leitungs-Ebene bei Buchhandel und Buchverlagen



Zum Vergleich: Anteil von Frauen in Chefsesseln bei Regionalzeitungen



„Was mit Buch“, das heißt für den Ausbildungsbereich: Buchhändler*in, Medienkauffrau/mann Digital und Print oder Kaufmann/frau im E-Commerce. Der Berufsausbildung im Buchladen – mit Fokus auf den direkten Kontakt zu den Kund*innen und eher weniger Arbeit im Büro – entspricht im Buchverlag die Ausbildung zum Medienkaufmann oder zu Medienkauffrau Digital und Print. Seit 2017 bietet die Buchbranche außerdem die Möglichkeit für eine Ausbildung zum Kaufmann oder zu Kauffrau im E-Commerce in Medienunternehmen, die ihre Bücher ausschließlich oder auch online vertreiben.

464 junge Männer und Frauen haben nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) im Jahr 2019 eine Ausbildung zur Buchhändler*in begonnen. Bei den Medienkaufleuten Digital und Print im Verlag waren es 579. Ob sich die Corona-Krise auch auf das Angebot von Ausbildungsplätzen in diesem Jahr auswirken werde, lasse sich momentan noch nicht beantworten, sagt Monika Kolb-Klausch, Bildungsdirektorin beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels und Geschäftsführerin des mediacampus frankfurt, eine zentrale Aus- und Weiterbildungseinrichtung des Börsenvereins, die auch als Berufsschule fungiert. „Die Buchhandlungen und Verlage gehen sehr individuell mit den Herausforderungen um Corona um. Viele halten an ihren Planstellen fest, andere legen beim Rekrutieren zunächst eine Pause ein und beobachten die Entwicklung des Geschäfts. Unseres Wissens bleibt die Mehrheit allerdings bei den ausgeschriebenen Ausbildungsplätzen.“

Etwas weniger genaue Angaben lassen sich zur Zahl der Ausbildungsplätze zum/r Medienkaufmann/frau im E-Commerce machen, da es sich hier nicht um eine branchenspezifische Ausbildung handelt. Laut DIHK haben 2019 über alle Handelsbranchen hinweg 2.700 junge Menschen diesen Berufsweg eingeschlagen, darunter knapp 40 Prozent Frauen. Ziemlich genau lässt sich dagegen sagen, dass im letzten Jahr bei den Medienkaufleuten Digital und Print im Buchverlag 75 Prozent und im Buchhandel sogar 83 Prozent aller Neu-Azubis Frauen waren. Dem entspricht ein im Vergleich zu anderen Medienbranchen deutlich höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen. So waren nach einer Analyse des Branchenmediums „Buchreport“ 2019 rund 40 Prozent der Führungspositionen auf Geschäftsführungs- und Leitungs-Ebene weiblich besetzt. Tendenz steigend mit 33 Prozent im Jahr 2017 und 29 Prozent im Jahr 2010. Erfreulich hohe Zahlen vor allem im Vergleich zum Journalismus, wo – obwohl die Branche insgesamt auch hier mehrheitlich weiblich geprägt ist – nach Angaben des Vereins Pro-Quote Medien 2019 etwa bei den Regionalzeitungen zu 93 Prozent Männer in den Chefsesseln saßen, der Frauenanteil demnach nur sieben Prozent betrug.

„Die Ausbildung im Verlag hat zum Glück, im Gegensatz zu den Volontariaten, einen gesetzlich verankerten Ausbildungsplan. So haben die Azubis im Verlag im Gegensatz zu den meisten Volontär*innen klare Vorgaben, wie die Ausbildung gestaltet sein muss“, sagt Lynne Forster, Schriftführerin im Verein Junge Verlagsmenschen. Der 2009 gegründete Zusammenschluss von inzwischen mehr als 800 Mitgliedern ist der größte Nachwuchsverein der Buch- und Medienbranche und in 15 Städtegruppen organisiert. Berufseinsteiger*innen und Student*innen finden hier eine unabhängige Plattform, um sich auszutauschen und weiterzubilden.

Zur Qualität der Ausbildung im Verlag habe man keine Zahlen und Fakten, so Forster. Berufsanfänger*innen, die sich über ihre Rechte informieren oder auf Missstände aufmerksam machen wollen, könnten sich jedoch direkt an die Arbeitsgruppe Nachwuchsrechte wenden, die 2014 innerhalb des Junge Verlagsmenschen e.V. geschaffen wurde. Deren Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen des Nachwuchses in der Buch- und Medienbranche zu untersuchen und kritisch zu hinterfragen. In tarif- und arbeitsrechtlichen Fragen kooperiert der Verein seit 2016 außerdem mit ver.di.

Aktiv einbringen können sich Azubis der Buchbranche zudem beim Börsenverein. Auch hier entstand im September 2019 eine Nachwuchs-AG – im Anschluss an das ebenfalls vom Börsenverein ins Leben gerufene Nachwuchsparlament, bei dem Fachthemen diskutiert und Workshops gestaltet werden, und das Nachwuchssprecher*innen wählt, die auch Ansprechpersonen für Berufsanfänger*innen mit ihren Fragen sind. Mit dem Nachwuchsparlament startet zudem jedes Jahr ein Mentoring-Programm, das Branchenprofis und -nachwuchs zusammenbringt. **Monique Hofmann <<**

Ehrenamt Prüfer

Etwa ein Drittel Verdianer engagieren sich in den Ausschüssen

Mehr Aufmerksamkeit für die ehrenamtlichen Prüfer*innen in der dualen Berufsausbildung wünscht sich Roman Jaich vom Team „prüf-mit“ der ver.di-Bildungspolitik. Die Prüfungsausschüsse sind zu je einem Drittel mit Berufsschullehrer*innen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter*innen besetzt. Durch die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) hat sich seit Januar 2020 einiges geändert für die Prüfer*innen und ihre entsendenden Institutionen.

Für Jaich ist die gewerkschaftliche Mitwirkung in der Berufsausbildung ein wesentliches Element der Mitbestimmung. Die Kandidat*innen für die Prüfungsausschüsse schlagen die Einzelgewerkschaften vor, die Bezirke des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) reichen die Namen an die regionalen Industrie- und Handelskammern weiter. Seit der Novelle des BBiG müssen die Prüfenden vom Betrieb freigestellt werden. „Das wird den Generationswechsel ein Stück weit erleichtern“, heißt es in der „BBiG: Handlungshilfe für Interessenvertreter*innen“, von der ver.di-Bildungspolitik Mitte Mai herausgegeben. Darin werden die wichtigsten Neuregelungen für Auszubildende, Prüfungsausschüsse und Fortbildung zusammengefasst und kommentiert.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHK) weist in seiner jüngsten Statistik von 2018 fast 27.000 Prüfungsausschüsse mit über 180.000 ehrenamtlichen Prüfer*innen in der Ausbildung aus. „Wenn wir davon ausgehen, dass von diesen etwa ein Drittel von ver.di benannt sind, kommen wir auf ungefähr 20.000 ver.di-organisierte Prüfer*innen“, schätzt Jaich. Genau sagen, wie viele Ehrenamtliche in den Ausschüssen für ver.di im Einsatz sind, kann Jaich nicht. Bislang gab es keine Rückmeldungen der IHKs, welche Vorgeschlagenen auch eingesetzt werden. Das wird sich durch das veränderte Gesetz ändern, denn diese Aufstellung ist jetzt vorgeschrieben.

Klaus Skindelies ist in Düsseldorf als Ehrenamtlicher im Einsatz und Mitglied des Beirats von „prüf-mit“. Er beurteilt Vermessungstechniker*innen und Geomatiker*innen. Die Geomatiker*innen werden in der DIHK-Statistik zu den Branchen „Papier, Druck“ gerechnet – ihre Arbeitsorte sind zum Beispiel kartografische Verlage. Skindelies hatte bisher kaum Probleme, Neulinge für die Prüfungsausschüsse zu gewinnen, denn die persönliche Ansprache sei in dem kleinen Kreis möglich: „Man kennt sich“, sagt er. „Ich habe immer das Gefühl gehabt, da ist ein bisschen Stolz dabei.“ Neue Prüfer*innen zu finden, sei weniger das Problem, meint Ralf Stroetmann, der als Solo-Selbstständiger sowohl Auszubildende wie auch angehende Meister*innen der Veranstaltungstechnik prüft. Auch in der Weiterbildung sind Ehrenamtliche im Einsatz. Nach der DIHK-Statistik von 2017 waren es rund 34.500 Prüfende in etwa 4.800 Ausschüssen. „Schwierig wird es, wenn die Neuen, vor allem beim Meister, realisieren, wie viel Arbeit das ist.“ Deshalb sei es so wichtig, Prüfer*innen zu schulen, unter anderem darin, „wie man die richtigen Fragen stellt. Für Stroetmann hat die Prüfungsarbeit den besonderen Reiz „am Ball zu bleiben“. „Von jedem Prüfling lernt man auch etwas Neues und bekommt einen weiteren Einblick in die Gesamtbranche“, sagt er und würde das Ehrenamt den Kolleg*innen durchaus empfehlen.

Auf der ver.di-Plattform www.pruef-mit.de haben sich rund 2.300 aktive Prüfer*innen und Interessierte registriert, um vom Informationsaustausch und den angebotenen Seminaren zu profitieren. Für diese Aufgabe jüngere ver.di-Mitglieder zu finden, sei nicht überall einfach: „Wir sehen, dass wir uns hier neu aufstellen müssen“, erklärt Jaich. Das vom Bundesbildungsministerium geförderte Projekt der Betreuungs-Plattform läuft Ende des Jahres aus. „Derzeit sitzen wir an einem Konzept für einen neuen Antrag.“ Darin soll die Werbung für das Ehrenamt einen größeren Raum einnehmen, auch die Fachbereiche und die Ausbilder*innen in den Betrieben sollen stärker angesprochen werden.

Die Modernisierung des Prüfungswesens ist ein Aspekt der 2018 vom Bundestag eingesetzten Enquête-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“. Die Leiterin der ver.di-Bildungspolitik, Uta Kupfer, stellte dort im April die Gewerkschaftspositionen vor. Sie forderte, die Abschlussprüfung zu einer „Kompetenzprüfung“ umzugestalten, anstatt das gesamte gelernte Wissen auf einen Schlag abzufragen – von Ausbilder*innen und Prüfer*innen in Gesprächen mit M als „Bulimie-Wissen“ bezeichnet.

Eine umstrittene Neuerung im BBiG ist die Einsetzung von Prüferdelegationen. Diese können die Prüfungen ohne Rückkopplung zu den eigentlichen Ausschüssen abnehmen. Clive Hewlett, ehrenamtlich tätig in der ver.di-AG „Prüferhandbuch“, schrieb dazu schon 2019 in „denk-doch-mal.de“, dem Online-Magazin von ver.di und IG Metall, dass der Gesetzentwurf eine „Rechtsverschlechterung“ bedeute. Damit könnte eine angebliche Entlastung der Ausschüsse in Wirklichkeit deren Entmachtung bewirken, wird in der ver.di-„Handlungshilfe“ als Risiko dargestellt.

Susanne Stracke-Neumann <<

Foto: ramcreative/123rf. Logo Screenshot: pruef-mit.de

ehr Info

ver.di-Plattform:
https://www.pruef-mit.de/

Foto: Protestfotografie

Trotz Vorzeigen des Presseausweises wird die Journalistin auf den Boden gedrückt und grob bedrängt.

Meterweit über Steinboden geschleift

Frankfurt/Main: Eine Journalistin berichtet von ihrer Begegnung mit der Polizei

Als ich die Schreie höre, will ich gerade mein Rad aufschließen, um heimzufahren. In diesem Moment ahne ich nicht, dass ich das erst nach einem Krankenhausbesuch und mit Verletzungen tun würde. Es ist heiß für Anfang April. Zäh schieben sich Fußgängermassen am Frankfurter Mainufer aneinander vorbei. Das Grün der Wiese ist vor lauter Picknickdecken kaum zu sehen. Die Abstandsregeln scheinen einigen völlig egal zu sein – so etwa der Polizei.

Anders sieht das bei den rund 400 Menschen in orangefarbener Kleidung aus. Peinlich genau achten sie darauf, dass mindestens 1,50 Meter zwischen jeder einzelnen Person liegen. Markierungen auf dem Asphalt helfen dabei. Sie bilden eine Menschenkette, die sich an beiden Mainseiten sowie über die Alte Brücke und den Eisernen Steg erstreckt. Ein älterer Herr hält ein Plakat hoch, auf dem steht: „Palmsonntag 2020: Hilfe für die Ärmsten der Armen in den griechischen Lagern!“ Auf einem anderen Schild heißt es: „Jeder Mensch verdient medizinischen Schutz, Moria evakuieren!“

Obwohl es weder ein Verbot noch Auflagen für diese von der Organisation „Seebrücke“ angemeldete Versammlung gegeben hat, beginnt die Polizei nach einer Weile, die Demonstration aufzulösen: erst mit Durchsagen, dann mit Platzverweisen. Ich denke, dass ich für meine Recherche im Auftrag der Tageszeitung *neues deutschland*, zu der Frage, wie Protest in Zeiten von Corona aussehen kann, genug gesehen habe, und will gehen. In meinem Kopf steht der Artikel schon, der Tenor: „Durch neue Protestformen wie diese Menschenkette mit Lücken ist Demonstrieren im Einklang mit den Corona-Schutzregeln möglich, muss es ja auch sein, ist schließlich ein Grundrecht.“

Dann höre ich: „Hey! Hey!“ und „Was soll die Scheiße?“. Ich eile in Richtung der Treppe, die zum Eisernen Steg hinaufführt und aus der die Aufregung kommt. Noch im Laufen zücke ich mein Smartphone und beginne zu filmen: Vier Polizisten mit einer „38“ auf dem Rücken, was bedeutet, dass sie zur Mühlheimer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) gehören, umzingeln eine Frau in orangefarbenem T-Shirt. Sie steht mit dem Rücken zu einer Steinmauer.

Unangemessen aggressiv

Ich filme von einem Treppenabsatz darunter, aus circa vier Meter Entfernung. Sofort springt einer der Uniformierten auf mich zu, langt mir in die Kamera und versucht, mich zu verscheuchen. Ich teile ihm mit, dass ich von der Presse bin und bitte – so laut, dass es auch seine Kollegen hören – darum, „nicht an der Ausübung meines Berufs gehindert zu werden“. Ich höre gerade noch, wie die junge Frau unter ihrem Mundnasenschutz hervor presst: „Ich habe beobachtet, wie

Tipp

Flyer der dju: Journalismus und Polizeiarbeit

- Zwischen Konfrontation und Kooperation
- Rechtlicher Rahmen
- Befugnisse der Polizei
- Verhalten bei polizeilichen Maßnahmens

Auch online auf der Website der dju zu finden:
https://tinyurl.com/r237ruu

ihre Kollegen…“ Dann verdreht ein Uniformierter ihr den rechten Arm, drückt ihn von hinten gegen ihren Rücken, gleichzeitig reißt ein anderer sie am linken Arm die Treppe hinauf.

Das erscheint mir unangebracht, also gehe ich hinterher, um weiter zu filmen. Dass ich dabei Abstand halte, ist auf einem Video des „Medienkollektivs Frankfurt“ zu sehen, dessen Kameramann mit mir die Treppe hinaufgeht. Oben stehen ungefähr fünf Beamte lose herum. Auch das zeigen die Videoaufnahmen und widerlegen damit die Behauptung, die die Polizei später in der *Frankfurter Rundschau* aufstellen wird. Demnach soll ich versucht haben, eine „Polizeiabsperrung zu überwinden“.

Foto: Privat aus Handyvideo

Sie wird immer weiter gezerrt, bis es gelingt wieder auf die Beine zu kommen.

Als ich von der Treppe auf die Brücke treten will, stürzt sich plötzlich jemand von hinten auf mich. Ich werde an Hals und Armen um die eigene Achse gewirbelt, erkenne eine Polizistin und schreie sofort: „Ich bin von der Presse“. Die Beamtin mit dem blonden Pferdeschwanz trägt nicht einmal eine Corona-Schutzmaske. Ihr Kollege packt mich von der anderen Seite, zusammen schubsen sie mich in Richtung Treppe. Er verlangt meinen Presseausweis und – aus mir unerfindlichen Gründen – auch meinen Personalausweis. Ich zeige beide vor, der Polizist reißt sie mir aus der Hand und verschwindet damit. Ein Journalist neben mir kann seinen Ausweis behalten und wird durchgewinkt. Also stehe ich herum, warte, ärgere mich, gebe spontan einem Filmteam ein Interview und unterhalte mich mit einem Stadtverordneten, der, wie viele andere, entspannt an den Uniformierten vorbei spazieren kann.

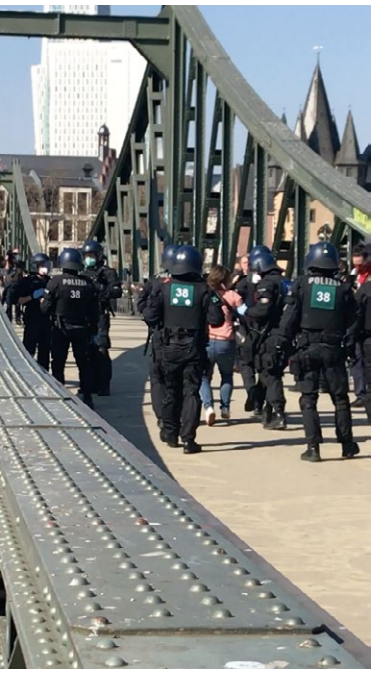


Foto: Ökologisch Radikal Links

Konstruierte Vorwürfe

Als ich frage, was die Schikane gegen mich soll, heißt es, ich hätte nicht ausreichend Abstand gehalten. Doch kurzfristige Unterschreitungen des Abstands im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit sind meines Wissens von der Corona-Verordnung ausgenommen – für die Polizei wie für die Presse. Nach einigen Minuten bringt der Beamte mir meine Ausweise zurück, und ich will endlich weiter. Doch er befiehlt: „Sie kommen jetzt mit!“ Ich frage: „Warum?“ und „Was ist die Rechtsgrundlage dafür?“.

Bevor ich aussprechen kann, geschweige denn eine Antwort erhalte, drängen mich drei BFE‘ler gegen eine Mauer am Brückenkopf. Ich verstehe nicht, was passiert. Zwei von ihnen greifen nach meinen Armen – „Was soll das? Ich habe keine Gewalt ausgeübt“, rufe ich – dann reißen sie mich weg, meine Beine geben nach, ich sacke zusammen. Doch sie schleifen meinen Körper einfach weiter über den Steinboden. Meterweit. Leute hinter mir schreien Worte wie „Pressefreiheit“, aber ich sehe nur noch Stiefel und Schlagstöcke. Die Gurte meiner schweren Umhängetasche schneiden tief in meinen Hals. Ich kriege kaum noch Luft. Panik erfasst mich.

Die Schreie werden schriller

Dann liege ich plötzlich auf dem Boden. Über mir sehe ich fünf, sechs Uniformierte. Reflexartig kauere ich mich in Embryohaltung zusammen. Die Schreie der Leute werden schriller. Auch ich schreie, denke „jetzt ist alles vorbei“. Ich schließe meine Augen. Dann spüre ich, wie Handschuhe nach mir greifen, verstehe, dass ich aufstehen muss, und schaffe das sogar. Meine Beine trippeln in die Richtung hinterher, in die die Polizisten meine Arme längst gerissen haben. Ihre Finger bohren sich in meine Oberarme, wie Schmirgelpapier scheuern ihre Handschuhe meine Haut blutig. Ich bitte darum, dass sie mich lockerer anfassen. Weise darauf hin, dass ich Erfahrungen und Probleme mit Gewaltsituationen habe. Dass es keinen Grund gibt, mich so grob zu behandeln, da ich doch mitlaufe, wie sie es wollen. Doch sie zerren und zerren, immer weiter. Meine Hose ist heruntergerutscht, mein Gesäß entblößt. Ich bitte darum, meine Jeans hochziehen zu dürfen. „Nein, die Hose ist okay so“, sagt einer der Polizisten – und lacht.

Dann stoppen sie und drängen mich gegen das Geländer der Brücke, das nicht besonders hoch ist. Erneut bekomme ich Panik. Erst da bemerke ich, dass sich meine Finger noch immer um mein Handy und meinen Geldbeutel krallen. Ich flehe, beides in meine Tasche stecken zu dürfen. Erst werde ich ignoriert, dann nimmt ein Polizist mir beides einfach weg. Als Nächstes klicken Handschellen.

Glück im Unglück

Als ich auf der anderen Main-Seite ankomme, begrüßt mich eine Menschenmenge mit Applaus. Das fühlt sich schön und peinlich zugleich an. Wie eine Kriminelle muss ich mit dem Gesicht zu einer Hauswand stehen. Neben mir harren andere Festgenommene aus, doch ich bin die Einzige, die gefesselt ist. Mehrfach kommen Polizisten mir unnötig nah. Sie sagen, ich bekäme eine Anzeige. Nur wofür, das scheinen sie nicht so recht zu wissen. Mal heißt es Abstand, mal Widerstand. Als ich endlich gehen darf, fahre ich ins Krankenhaus, wo ein Arzt unzählige Schürfwunden, Hämatome und einen akuten Schockzustand feststellt.

»

Glück im Unglück ist für mich die große öffentliche Aufmerksamkeit. Den Vorfall haben mehrere Kameras gefilmt. Eine Reihe Medien berichten darüber, etwa *ARD Kontraste* und die *Hessenschau*. Viele sichern mir auch ihre kollegiale Unterstützung zu. Die dju in ver.di kritisiert die „Behinderung von Journalistinnen und Journalisten durch Polizeibeamte“ bei der Seebrücke-Demonstration. Sie fordert von der Polizeiführung die „Aufklärung der Vorgänge und auch disziplinarische Maßnahmen gegen Beamte, die sich an Übergriffen beteiligt haben“. Von der Linksfraktion darauf angesprochen, besitzt der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) die Chuzpe zu behaupten, die Presse hätte berichten können. Seine Begründung: „Ein Pressesprecher der Polizei war vor Ort“. Eine Stellungnahme der Polizei gibt es bislang nicht. Das Amtsgericht prüft nun die Rechtmäßigkeit meiner Festnahme. Das habe ich mit einem Anwalt beantragt, den ich von ver.di vermittelt und bezahlt bekommen habe.

All die Solidarität tut sehr gut. Von Gespräch zu Gespräch wird mir klarer: Ich bin nicht die Einzige, die angegangen wurde. Etwa Frank Rumpenhorst, der für die *dpa* vor Ort war, erzählt, dass ein Beamter seinem Kollegen grundlos das Fotografieren untersagt habe. Später habe er einen Polizisten sagen gehört: „Alle, die aussehen wie Demonstranten oder eine Kamera haben, sollen weg!“ Die „massive Eskalation“ durch die Uniformierten nennt der erfahrene Fotograf „absurd“. Er betont: „Die ganze Nähe entstand ja erst durch die Polizei.“ Sogar eine Mitarbeiterin der *Bild* schreibt mir, sie sei nicht auf den Eisernen Steg gelassen worden. Auch was einem weiteren Journalisten passiert ist, lässt sich nicht mit der Viruspandemie rechtfertigen: Er sei von Beamten fäkalsprachlich beleidigt worden, wie er es in seinen 35 Berufsjahren noch nicht erlebt habe. Viele Kollegen beschweren sich, die Polizei habe die Corona-Krise ausgenutzt, um die Pressefreiheit einzuschränken.

Nur eines, das will bis auf Rumpenhorst niemand von ihnen: mir ihre Erlebnisse „unter 1“, also unter echtem Namen, schildern. Ich verstehe das. Vielen fehlt die Hoffnung, dass es etwas nützt. Andere haben keine Zeit oder keine Kraft für solche Auseinandersetzungen. Dennoch enttäuscht es mich. Ihr Schweigen ist zugleich die Ursache und die Folge, dass unrechtmäßige Polizeigewalt so selten vor Gericht landet. Wieder andere Medienleute sind schlicht opportunistisch: Sie wollen ihr gutes Verhältnis zur Polizei nicht aufs Spiel setzen, um weiter an wichtige Informationen zu kommen. Doch so sollte das nicht sein, Behörden haben eine Auskunftspflicht. Was die Presse erfährt, darf nicht davon abhängen, wie kritisch sie berichtet. Genau das ist schließlich eine ihrer zentralen Aufgaben: staatlichen Stellen auf die Finger schauen. Bei mir ist diese Motivation gerade noch einmal gewachsen.

Lotte Laloire «

Lotte Laloire

Freie Journalistin
Frankfurt/Main, vorher Redakteurin @ndaktuell, Mitherausgeberin von „Trouble on the far right“

Smarter Wechsel

Genossenschaft verzaubert Selbstständige auf Wunsch in Angestellte

Es klingt magisch – und funktioniert. Die junge Berliner Genossenschaft Smart verwandelt Selbstständige in Angestellte. Die Mitglieder, zumeist Solo-Selbstständige, bringen ihre Einnahmen bei der Genossenschaft ein und beziehen daraus ein festes monatliches Gehalt. Der Nachteil: Sie müssen die vollen Sozialversicherungsbeiträge bezahlen und sieben Prozent Verwaltungskosten an die Genossenschaft abführen.

Smart nimmt den Mitgliedern Verwaltungsarbeit ab, schreibt Rechnungen, treibt Forderungen ein und kümmert sich für ihre derart Angestellten um die Steuern. „Unsere Mitglieder können sich auf ihre Arbeit konzentrieren“, erklärt Smart-Mitarbeiter Sebastian Hoffmann. „Viele sind produktiver, wenn sie sich auf die Sicherheit eines regelmäßigen Einkommens stützen können“, ergänzt Geschäftsführerin Magdalena Ziomek.

Kurzarbeitergeld möglich

Das Gehalt, das ihnen die Genossenschaft bezahlt, müssen die Mitglieder allerdings selbst verdienen. Sie schätzen jeweils ihre Einnahmen der kommenden Monate und bestimmen daraus das Einkommen, das sie als Angestellte bei Smart verdienen möchten. Wer mag, kann auch weniger ansetzen und einen Teil seiner Einnahmen auf dem Smart-Konto liegen lassen. Erzielt man in einem Jahr sehr viel und im nächsten Jahr sehr wenig Umsatz, kann man mit dem daraus gemittelten Gehalt Steuern und Sozialabgaben sparen. Diese berechnen sich nur nach dem Gehalt, das die Genossenschaft auszahlt.

Aktuell profitieren viele Genoss*innen von den Corona-Regelungen. Wenn sie schon von dem 15. März bei Smart angestellt waren, beantragt die Genossenschaft für sie Kurzarbeitergeld. Außerdem sind sie über die Genossenschaft in der Arbeitslosenversicherung.

Für Mitglieder in der Künstlersozialversicherung KSK lohnt sich die Mitgliedschaft bei Smart meist nicht. Anders als über die KSK zahlt man hier nämlich die vollen Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung alleine. Wer allerdings neben seiner künstlerischen oder publizistischen Arbeit zu viel Geld in einer anderen Branche verdient, kann aus der KSK ausgeschlossen werden. Smart bietet eine charmante Möglichkeit, diesen Rauswurf zu vermeiden. Ich kann mich dort zum Beispiel mit einem Minijob anstellen lassen und meine Nebeneinkünfte darüber ab-

rechnen. Alles andere läuft weiter wie bisher. Smart stellt den Mitgliedern frei, ob und wie viele ihrer Einnahmen sie in die Anstellung bei der Genossenschaft einbringen möchten.

Interessant ist das Modell auch für Selbstständige mit geringen Einnahmen. Die Krankenkassen zum Beispiel unterstellen jedem und jeder versicherten Selbstständigen ein Einkommen von mindestens 1.038 Euro im Monat. Wer weniger hat, zahlt trotzdem den daraus errechneten Mindestbeitrag von – je nach Kasse – etwa 180 Euro. Wer zum Beispiel zwischen 600 und 1.000 Euro im Monat verdient, spart als angestelltes Mitglied bei Smart möglicherweise eine Menge Geld.

Bands, Künstlergruppen und andere Kreative, die punktuell zusammenarbeiten, nutzen Smart, um gemeinsam Aufträge abzurechnen. So ersparen sie sich den Aufwand, einen Verein oder eine GbR zu gründen. Sie treten der Genossenschaft bei und lassen sich dort anstellen. Smart rechnet die Aufträge der Mitglieder mit deren gemeinsamen Kunden ab. Auch Fahrradkuriere, Plattform-Arbeiter*innen und freie Dozenten nutzen Smart, um ihrem gemeinsamen Marktauftritt mehr Gewicht zu verleihen. In Bremen gründet Smart derzeit ein eigenes, bundesweites Bildungswerk, in dem sich freie Trainer und Lehrkräfte gemeinsam präsentieren können.

Entscheidend nennt Geschäftsführerin Ziomek das Vertrauen der Mitglieder in ihre Genossenschaft. Sie kann sich nur an einen einzigen Betrugsversuch erinnern. Ein Mitglied hatte Fake-Aufträge gemeldet. Der Schaden blieb auf 700 Euro begrenzt, weil die Mogelei schnell auffiel. Die Mitglieder müssen ihre Aufträge vorlegen, die sie über Smart abrechnen wollen. Der Kunde unterschreibt eine Vereinbarung mit der Genossenschaft, die dann das Honorar in Rechnung stellt. Zudem bietet Smart den Mitgliedern gemeinsame Stammtische, Foren und Gruppen, in denen sie sich austauschen und zusammenarbeiten können.

Die Genossenschaft Smart Deutschland e.G. ist ein rechtlich und wirtschaftlich selbstständiger Partner der 1998 in Brüssel gegründeten belgischen Kooperative mit 75.000 Mitgliedern. Inzwischen gibt es Smart Genossenschaften in acht europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Ungarn, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Zusammen erzielten sie 2018 einen Umsatz von 204 Millionen Euro. Die deutsche Smart-Genossenschaft hat ihren Umsatz bisher jedes Jahr fast verdoppelt und erwirtschaftete zuletzt mit 500 Mitgliedern und neun festen Mitarbeiter*innen rund zwei Millionen Euro. Smart Deutschland arbeitet inzwischen mit zahlreichen Verbänden zusammen, über die neue Mitglieder zur Genossenschaft kommen. Mit dabei ist der Verband der Englischlehrer*innen Berlin-Brandenburg, eine Vereinigung von Berliner Stadtführer*innen, Kreatives Sachsen, der Verband der Kreativen in Deutschland und die Plattform Cooperatives Deutschland. Für 2020 rechnet Smart wegen der Corona-Krise mit „nur“ drei Millionen Euro Umsatz statt der ursprünglich geplanten vier Millionen.

Robert Fishman «

Links

https://smart-eg.de
https://smartbe.be/de/

Anzeige

Kapitäne für die Bilderflut

Die freie Fotoredakteurin und Dozentin Ina-Jasmin Kossatz im Gespräch mit M

Auf dem deutschen Tageszeitungsmarkt spielen Lokalzeitungen bis heute eine zentrale Rolle. Während die dort vorherrschenden Konzentrationsprozesse immer wieder thematisiert werden, ist der Umgang mit der Fotografie im Lokaljournalismus nur selten Thema. In Bezug auf NRW hat dies im Jahr 2019 die freie Bildredakteurin Ina-Jasmin Kossatz in einem Projekt für die FH Dortmund untersucht.

Frau Kossatz, welche Rolle spielt die Fotografie im deutschen Tageszeitungsjournalismus?
Das müsste man als erstes eingrenzen, denn da gibt es große Unterschiede. Wenn ich mir überregionale Tageszeitungen wie zum Beispiel die *FAZ* angucke, sehe ich, dass die mit sehr hochwertiger Fotografie arbeiten, die von einem Fotoredakteur ausgesucht wurde, gut zu lesen ist und die von der *FAZ* gewünschte Wirkung erzielt. Tageszeitungen im Lokaljournalismus hingegen verwenden Bilder, die eher nicht auf Wirkung und nach einem bestimmten Zweck hin ausgesucht wurden, sondern eher illustratorisch sind. Nicht das beste Bild wird genommen, sondern eben das, was gerade da ist.

Im Rahmen eines Projekts mit Professor Dirk Gebhardt an der FH Dortmund haben Sie den Umgang mit Bildern im Lokaljournalismus in NRW untersucht. Was waren die Ergebnisse?
Wir wollten in erster Linie schauen, was es für Bildquellen gibt, also wissen, wo die Bilder herkommen. Dafür haben wir 167 Lokalteile von Tageszeitungen in NRW untersucht um zu schauen, ob es wirklich so ist, dass es immer weniger professionelle Fotografien in die Print-Ausgaben schaffen und immer mehr schreibende Journalist*innen die Fotos machen. Dabei haben wir festgestellt, dass ein hoher Anteil der Bilder aus privaten Quellen kommt, also zum Beispiel Vereine oder Organisationen ihre Bilder selbst herstellen und gratis zur Verfügung stellen. Ein anderer großer Teil stammt tatsächlich immer noch von Fotograf*innen und ein sehr, sehr hoher Anteil von schreibenden Journalist*innen.

Was zeichnet denn eine gute Fotografie im Lokaljournalismus aus?
Es sollte klar erkennbar sein, um welches Thema es eigentlich geht. Oft haben wir gesehen, dass ein Bild zwar die Protagonist*innen zeigt, aber die Art und Weise der Darstellung nichts mit dem zugehörigen Text zu tun hat. Der Text erzählt also eine andere Geschichte als das Bild. Ein Beispiel war die Renovierung einer Eisdiele. Die beiden Besitzer dieser Eisdiele sehen auf dem Bild aber aus, als wenn sie die ausrauben wollen. Die Eröffnung einer Kita war ein anderes Beispiel. Da wurden Leute fotografiert, die offensichtlich einem Vortrag lauschen. Aber man sieht nicht, wer den Vortrag hält und die Leute sehen aus, als wenn sie keine vierte Kita haben möchten. Da ist dann die Frage, welche Botschaft hier vermittelt wird.

Durch die Digitalisierung der Zeitungslandschaft kommen ja neue Herausforderungen auf die Redaktionen zu, auch was den Umgang mit Bildern angeht. Was sind diesbezüglich ihre Beobachtungen im Lokaljournalismus?
Ich habe das Gefühl, dass die Digitalisierung den Lokalzeitungen zu schaffen macht, weil sie nicht so schnell oder noch nicht so richtig verstanden haben, welche Chance diese ihnen bietet. Auf den Webseiten der meisten Lokalzeitungen sind zum Beispiel Werbebilder die qualitativ hochwertiger und größer sind, als der eigene Content. Dadurch entsteht ein Missverhältnis. Und viele haben noch nicht verstanden, dass es eine Paywall im Lokalteil schwieriger hat: Denn wenn man auf dem Bild schon sieht, dass der Sportplatz ein neues Tor hat, warum soll dann jemand Geld ausgeben, um den Text zu lesen? Das Geld fehlt dann natürlich beim Einkauf von hochwertigen Bildern, die mir eine Geschichte erzählen und mich dazu einladen, den Text zu lesen.

Der Zeitungsmarkt in NRW ist einer der größten in Deutschland und so hoch konzentriert in den Händen weniger Verlage wie in kaum einem anderen Bundesland. Gibt es Unterschiede zwischen den großen und kleinen Verlagshäusern?
Meine Beobachtung ist, dass es einige Blätter gibt, die ohne Großkonzern funktionieren und die sich im Umgang mit Fotografie oder Bildjournalismus tatsächlich mehr Mühe geben als die größeren Verlage. Bei denen wiederholt sich viel, da wird viel gleich benutzt. Es gibt vielleicht noch ein paar mehr professionelle Fotograf*innen, aber es wird auch mehr an der Vielfalt gespart. Pro Region gibt es dann vielleicht nur dieses eine Thema und es wird nicht mehr so richtig zwischen den Orten unterschieden. Damit geht die

Das Interview

Das Interview ist Teil eines Projektes zur Bildredaktionsforschung von Felix Koltermann am Studiengang Fotojournalismus und Dokumentarfotografie der Hochschule Hannover. Im Rahmen einer Kooperation erscheint das Interview auch auf der Webseite des European Journalism Observatory (EJO).

Foto: Christian Burkert

Ina Jasmin Kossatz ist freie Fotoredakteurin sowie freie Dozentin für Fotografie und Bildredaktion an der FH Dortmund und an der Hochschule Hannover. Sie arbeitete an dem Projekt „Institut für visuellen Journalismus" zwischen 2018–2019 zusammen mit Professor Dirk Gebhardt und Udo Milbret an der FH Dortmund.
Sie volontierte und arbeitete als Bildredakteurin sechs Jahre bei der laif Agentur für Photos und Reportagen in Köln. Danach betreute sie unter anderem das Magazin „Impulse" der Volkswagen Stiftung bildredaktionell bis 2016.
Studiert hat sie an der Hochschule Hannover visuelle Kommunikation und zeitweise Bildjournalismus bei Professor Rolf Nobel.

Individualität flöten und dementsprechend auch das wirklich Lokale. Online ist das ganz ähnlich. Da muss man sich echt durchkämpfen, um die einzelnen Orte zu finden, weil die meistens keine eigene Webseite haben oder unter einem großen Kategorien-Link verborgen sind.

Zugespitzt gefragt, verschwindet da mit Online das tatsächlich Lokale, was ich in der Zeitung vielleicht noch als die Lokalseite im dritten oder vierten Buch identifizieren kann?

Zum größten Teil schon. Vor allem, weil dieser Schritt nicht richtig durchdacht ist. Grundsätzlich wird das Lokale ja immer wichtiger, weil die Leute sich informieren und wissen wollen, was in ihrem Ort passiert: Aber es wird schwieriger, das zu finden. Viele der Lokalzeitungen haben jetzt zum Beispiel einen Instagram-Account, aber nur 100 Follower. Denn eigentlich haben sie kein Konzept, was sie mit dem Instagram-Account wollen, wozu der da ist: Wollen sie damit Leser*innen akquirieren oder Sympathien für ihr Blatt? Es gibt keine erkennbaren Strategien. Und das ist total schade. Das Problem ist dabei nicht, ob der Mantel, also das Nationale und Internationale zum Beispiel von der Funke Mediengruppe kommt, sondern die kleine Welt zu behalten, das, was ich eben meistens nicht im Internet finde und das dann keiner mehr mitkriegt.

Dass eine sind die Ressourcen der Verlage, das andere die Kompetenzen der Redakteur*innen. Könnten die durch Weiterbildung gestärkt werden? Wäre das ein Ansatz?

Tatsächlich würde ich sagen, dass man zu allererst mit den Verleger*innen sprechen müsste. Denen muss klarwerden, dass sie an der Stelle noch ein paar Nachhilfestunden zu nehmen haben. Grundsätzlich ist mein Gefühl, dass die Fotografie nicht so wichtig ist und irgendwie so mitläuft: Das Foto ist eigentlich immer nur Beiwerk. Deswegen muss man oben anfangen und klarmachen, dass wenn man möchte, dass das eigene Medium auch von der neuen Generation gesehen wird, ich darauf achten muss, dass die visuelle Kompetenz der Redakteur*innen und der Leser*innen auf gleicher Höhe ist. Wenn sie das erkannt haben, dann wäre es gut, dies an diejenigen weiterzuleiten, die produzieren, also die eigenen Fotograf*innen. Mit Produzent*innen meine ich aber auch die Redakteur*innen, Bildredakteur*innen und auch die Grafiker*innen. Denn es gibt viele Lokalzeitungen, wo Grafiker*innen oder Redakteur*innen die Bilder aussuchen.

Bis heute gibt es mit Ausnahme von Einzelkursen in bestimmten Studiengängen und der Bildredaktionsklasse an der Ostkreuz-Schule keine Ausbildung oder keinen Studiengang für Bildredaktion. Ist das ein Manko und braucht es da neue Ansätze?

Bei dem, was ich vorher beschrieben habe, auf jeden Fall. Niemand wird widersprechen, dass wir eine Bilderflut haben. Deswegen wird es immer wichtiger, dass es Leute gibt, die uns als „Kapitän*innen" durch diese Bilderflut hindurch lotsen, um uns zu zeigen, was visuell wichtig ist. Auch um uns vor dem zu schützen, was es an Manipulationen da draußen gibt und um die Bilder zu finden, die wirklich was zu sagen haben und die mit dem Text zusammen ein Ganzes ergeben. Es wäre sehr wichtig, einen Studiengang in diese Richtung zu entwickeln. Außer Ostkreuz gibt es ja noch die MAZ in der Schweiz, die eine Ausbildung anbietet, aber das wird in Zukunft zu wenig sein. Wir brauchen mehr Spezialist*innen, die besser navigieren können und die das Knowhow haben, um die visuelle Literarität zu fördern, zu lehren und zu praktizieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Felix Koltermann <<

Mit Blick auf die Perspektive nach Corona

Gespräch mit Tarifsekretär Matthias von Fintel über die Tarifverhandlungen der dju in ver.di

Im Zeichen von Corona stehen die dju in ver.di und der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) in diesem Jahr vor eher ungewöhnlichen Tarifverhandlungen. Es ist eine besonders herausfordernde Zeit für Redaktionen und Verlage – guter Journalismus war und ist gefragt. Unter den erschwerten Bedingungen des Shutdown wurde dem Rechnung getragen und sollte anerkannt werden.

Die Verleger wollen jedoch die Einkommen der Redakteur*innen kürzen und kaum Sicherheiten für die Arbeitsplätze abgeben. Sieht Wertschätzung nicht anders aus?

Der Blick in andere Branchen, in denen im Shutdown für die Gesellschaft wichtige Arbeit geleistet wurde und auch noch wird, zeigt: Arbeitgeber honorieren die Bereitschaft unter neuen Arbeitsbedingungen und Belastungen wie Homeschooling für die Kinder, auch noch anhaltend Leistung im Job zu erbringen. Die Aufforderung, doch als Verlage über eine Bonuszahlung nachzudenken, wurde mit entrüstetem Kopfschütteln quittiert. Denn das sei alles selbstverständlich gewesen. Das kann ich weder als Leser und User von Zeitungsprodukten nachvollziehen, noch als Interessenvertreter von Journalist*innen.

Foto: privat

Wie real sind denn die Einbrüche etwa durch wegfallende Werbung?

Am schwersten wurden die rein werbefinanzierten Privatradios getroffen. Zeitungen haben neben den Abo-Einnahmen auch noch Online-Werbung gehabt, sie sind ja auf breiterer Basis aufgestellt. Aber klar, es gab ab März bis Mai, Anfang Juni schwere Einnahmeverluste. Auch die Rückkehr zur Normalität wird das nicht wettmachen können. Umso dramatischer waren die Fehlentscheidungen in den Verlagen, die massiv nachgefragten Online-Abos sowie Artikel und Info-Angebote auf den digitalen Verbreitungswegen gratis zu verscherbeln. Denn dahinter standen Teams, die unter Hochdruck neue Produkte und die Umstellung von Print auf Online gewuppt haben. Andere Branchen denken über die Chancen der Krise nach, das haben die Verlage verpasst. Es wäre der beste Zeitpunkt gewesen die neuen Leser*innen und Online-Kund*innen gleich an Bezahlangebote zu gewöhnen. Streaming-Dienste für Filme und Serien, haben stattdessen die Chancen genutzt, Abo-Zahlen gesteigert und unverminderte Pro-Kopf-Umsätze gemacht.

Welche Tarif-Vorschläge hat die dju in ver.di für das Coronajahr 2020?

Zunächst einmal stimmen wir mit dem Verlegerverband überein, dass wir uns auch ein Moratorium für Gehaltserhöhungen bis Ende des Jahres vorstellen können. Allerdings sollten Volos und vor allem Freie auch in diesem Sommer nicht leer ausgehen. Zuletzt gab es im Mai 2019 schon lange von der Inflation aufgezehrte Tariferhöhungen. Wir stimmen dem BDZV auch darin zu, eine Tariföffnung für betriebliche Beschäftigungssicherung vereinbaren zu können. Allerdings muss es eine faire Regelung werden und nicht schlechter als die, die in Verlagstarifen und für die Druckindustrie von ver.di bereits abgeschlossen wurde. Und wenn es solche Tarifkompromisse gibt, die für Verlage und Journalist*innen Sicherheit geben, sollten wir auch jetzt schon über die Perspektive und damit eine zugesicherte Tariferhöhung ab Beginn des Jahres 2021 sprechen. Wir halten 200 Euro Gehaltserhöhung nach fast zwei Jahren für angemessen. Wir sollten keine Zeit verlieren, um über wichtige Verbesserungen bei Arbeitszeitregelungen, Schichtarbeit und allem rund ums digitale Arbeiten in Redaktionen zu reden. Wir würden gerne bis November Erfolge erreichen.

Kann man sich an den aktuellen Tarifabschluss der Druckindustrie anlehnen?

Aktuell ging es in der Druckindustrie ja nicht um eine Lohnrunde, sondern um einen Abschluss, der einen bestehenden Tarifabschluss ändert. Kernpunkt ist, für eine drei Monate später als ursprünglich vereinbarte Tariferhöhung gibt es eine Beschäftigungssicherung. So etwas bieten die Verleger den Journalist*innen allerdings nicht an, so ähnlich sieht aber unsere Forderung aus. Die Antwort ist also Ja, nur eben der Tarifsituation für Redaktionen entsprechend.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Im Juni soll es erste Gespräche geben, über die wir dann wie gewohnt informieren werden. Ob es wirklich lebendige Verhandlungen werden über all die brennenden Themen Beschäftigungssicherung, Perspektiven für eine Gehalts- und Honorarerhöhungen und zukünftige Arbeitsbedingungen, das hängt auch von den Verlegerverbands-Vertreter*innen ab. Ich vermute, sie werden sich noch einen ordentlichen Ruck geben müssen. Aber Wegducken vor den kommenden Tarifthemen ist auch keine Lösung und im Medien-Wettbewerb werden Zeitungsverlage nur mit gutem Nachwuchs und ansprechenden Arbeitsbedingungen bestehen können. Wir behalten dies auf der Agenda und setzen uns dafür in diesen Zeiten am virtuellen Verhandlungstisch weiter ein.

Interview: Karin Wenk ‹‹

Hohe Klickzahlen und Kurzarbeit

Selbstständige in „existenziell bedrohlicher Lage“

Foto: Angelika Osthues

*Unter dem Motto „Mein Betrieb bin ich“ protestierten am 4. Juni in Düsseldorf Betroffene gegen unzureichende „Soforthilfe“ für Solo-Selbstständige. Innerhalb weniger Tage hatten 300 Kolleg*innen ihre aktuellen Situationsschilderungen an ver.di NRW gesandt. Sie wurden auf riesigen Würfeln dokumentiert.*

Die Medienbranche boomt in Zeiten der Corona-Krise. Aber diese Blüte bezieht sich fast ausschließlich auf wachsende Reichweiten und Klickzahlen im Netz, weniger auf die Monetarisierung von Inhalten. Werbefinanzierten Medien geht das Geld aus, trotz sprunghaft gestiegener Nachfrage nach journalistischen Angeboten. Die Folgen: Kurzarbeit und erste Entlassungen. Viele Selbstständige stehen vor dem beruflichen Aus.

Für Mathias Döpfner, Präsident des Bundesverbands Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) hat das Virus auch gute Seiten: „Aus der Perspektive digitaler Medienmacher gesehen ist die Corona-Krise eine riesige Chance“, sagte er in einem via Messenger auf der virtuellen Digitalkonferenz „beBeta – journalism in progress“ eingespielten Interview am 27. Mai. Ohne die Krise verklären zu wollen, sei es schon praktisch gewesen, „Journalismus digital konsumieren zu können“. Digitale Zeitungsangebote seien „buchstäblich durch die Decke gegangen“. Eine Erfahrung, die viele Verlage und Redaktionen von Beginn des shutdown bis Ende Mai machten. Überregionale und regionale Medien registrierten nie für möglich gehaltene Klickrekorde. Bei der *Süddeutschen Zeitung* stiegen die Klicks allein im März um fast 80 Prozent. Mehr als 150.000 Digitalabos wurden neu abgeschlossen – so viele wie eigentlich bis zum Jahresende angepeilt waren. Im selben Zeitraum sanken allerdings auch die Anzeigenumsätze der meisten Verlage um bis zu 80 Prozent.

Das Erlösmodell „Advertising only“ gehöre nun definitiv der Vergangenheit an, schlussfolgerte BDZV-Präsident Döpfner. Und präzisierte: „Die Ära, in der man glaubte, dass Qualitätsjournalismus nur durch Werbeerlöse finanziert werden kann“, sei „endgültig zu Ende“. In seinem eigenen Haus – Döpfner ist bekanntlich hauptberuflich Vorstandschef des Axel Springer Verlags – wird dieser Erkenntnis seit Jahren Rechnung getragen. Vor allem durch den sukzessiven Abschied von publizistischer Tätigkeit. Außer der defizitären *Welt*-Gruppe und der schrumpfenden *Bild*-Familie verfügt Europas einst größtes Zeitungshaus kaum noch über relevante Objekte, die etwas mit Journalismus zu tun haben.

Kurzarbeitergeld trotz höherer Anforderungen

Wo der Informationshunger der Menschen im Zeichen der Pandemie wächst, wachsen auch die Aufgaben und Anforderungen an die Redaktionen. Paradoxerweise antworteten viele Verlage auf diese Herausforderung, indem sie ihre Redakteur*innen in Kurzarbeit schickten. So geschehen bei der *Hamburger Morgenpost*, dem *Weser Kurier*, der *Neuen Westfälischen* in Bielefeld, dem Berliner *Tagesspiegel*, der *Leipziger Volkszeitung*, der *Stuttgarter Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* … . Ende April hatten laut BDZV etwa 80 Prozent der Verlage Kurzarbeit geplant oder bereits veranlasst. Vorwiegend in den Abteilungen Anzeigen und Marketing, aber bei „mehr als 30 Prozent der Unternehmen“ auch in den Redaktionen.

Wenn schon Kurzarbeit, dann aber oberhalb des gesetzlich vorgesehenen Kurzarbeitergelds, forderte ver.di seit Beginn der Krise. „Viele Arbeitgeber wollen die Erstattung der Sozialbeiträge für sich einstreichen und nichts an die Beschäftigten weitergeben“, kritisierte ver.di-Vorsitzender Frank Werneke. Umso mehr, seit die Große Koalition das Kurzarbeitergeld angehoben hat. Nur wenige Verlage waren bereit, ihren Mitarbeiter*innen auf die 60- bzw. 67-Prozent-Gehälter was drauf zu legen. So hat zum Beispiel die Ippen-Gruppe beim *Münchner Merkur* den Kurzarbeiter*innen 90 Prozent des bisherigen Nettoentgelt zu gesichert. Die Madsack-Verlagsgesellschaft hatte in ihren Häusern immerhin bis Ende April zu 100 Prozent aufgestockt.

Die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass diese Praxis weitergeht. Von März bis Mai tauchten demnach rund 76.000 Beschäftigte und 58.000 Selbstständige mehr in der Statistik von Hartz-IV auf. Ein Vielfaches der üblicherweise gemeldeten Neuzugänge. Bei einem Großteil dieser neuen Harz-IV-Empfänger dürfte es sich um Menschen auf Kurzarbeit handeln. Hauptbetroffene Branchen sind Beschäftigte und Selbstständige aus der Gastronomie sowie aus Kunst und Kultur. Differenzierte Zahlen für die Medienbranche sind schwer zu ermitteln.

Dass „ganze Redaktionen in Kurzarbeit geschickt und Freien keine Aufträge mehr erteilt werden“, findet Cornelia Berger, Bereichsleiterin Medien und Publizistik bei ver.di, “nicht nachvollziehbar“. Zur Bewältigung von aktuellen Finanzierungsengpässen stünden auch

Foto: Angelika Osthues

Zerlöcherte Schirme – Symbol der Corona-Folgen für Solo-Selbstständige. Quasi im Regend stehend musizierte Martin Erhardt mit seinen Streichquartett-Kollegen während der Aktion in Düsseldorf. Die Selbstständigen forderten gemeinsam mit ver.di, dass die Ende Mai ausgelaufende Unterstützung verlängert und an ihre realen Arbeitsverhältnisse angepasst wird.

Verlagen KfW-Darlehen zur Verfügung. Das Sparen „an der falschen Stelle, nämlich am journalistischen Inhalt" sei jedenfalls der falsche Weg. Denn es gebe derzeit „eher mehr Arbeit, um die Corona-Krise journalistisch zu begleiten und einzuordnen".

In der Zeitschriftenbranche produziert die Krise inzwischen erste Opfer. Vier Jahre nach der Erstausgabe erscheint das Magazin *Frankfurter Allgemeine Woche* Ende Juni zum letzten Mal. Die Auflage schwächelte von Beginn an, die Corona-Krise und damit einhergehende Anzeigenschwäche gaben dem Projekt den Rest. Im ersten Quartal 2020 lag die Verkaufsauflage inklusive gut 15.000 e-paper-Abos nur noch bei 48.000 Exemplaren. Die zehn Mitglieder der Redaktion sollen in ihre jeweiligen Ressorts innerhalb der *FAZ* zurückkehren.

Im Schatten der Pandemie verkündet die Funke-Mediengruppe Tabula Rasa bei ihren Programmzeitschriften. Ende Mai erfuhr die Belegschaft, dass fast drei Viertel der 38 Mitarbeiter*innen gehen müssen. Die Produktion soll stattdessen an Fremdfirmen verlagert werden. Zu den von Funke verlegten Programmies gehören unter anderem *TV Digital, HörZu* und *Gong*.

Keine wirksame Hilfe für Solo-Selbstständige

Lobenswert war zunächst, dass schon früh 50 Milliarden Euro von der Bundesregierung als „Soforthilfe für Solo-Selbstständige und Kleinstbetriebe" locker gemacht wurden. In der Praxis geht dieses Programm, das Ende Mai auslief, aber an den Bedürfnissen und der Lebensrealität der meisten Solo-Selbstständigen, zum Beispiel Künstler*innen und Journalist*innen vorbei. Die Gleichsetzung mit „normalen" Betrieben und die damit verbundene Auflage, bei Antragstellung nur die laufenden Betriebsausgaben geltend machen zu können, verhindern eine wirksame Hilfe für eine ohnehin nicht auf Rosen gebettete Berufsgruppe.

Ergänzt wurde das Bundesprogramm durch diverse Ländermaßnahmen. Die aber fielen je nach Region recht unterschiedlich aus, was auch von ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz kritisiert wird. „Eine Einkommenshilfe für Solo-Selbstständige muss sich zukünftig viel passgenauer an ihrer Lebens- und Arbeitsrealität ausrichten", fordert er von den Wirtschafts- und Finanzministerien im Bund und in den Ländern. Entsprechende Programme sollten die Besonderheiten der Arbeit der Selbstständigen berücksichtigen. Zugleich müssten die Hilfen „unbürokratisch, bedarfsgerecht und schnell fließen". Leider findet sich auch im Anfang Juni beschlossenen milliardenschweren Konjunkturprogramm der Bundesregierung keine derartige Unterstützung für Solo-Selbstständige, die für die Lebenshaltungskosten genutzt werden kann. Dennoch sind Hilfen für Kultur und Medieneinrichtungen vorgesehen. Unter anderem werden 20 Millionen Euro für private Hörfunkveranstalter bereitgestellt, hauptsächlich als Ausgleich für den Corona-bedingten Einbruch der Werbeeinnahmen. Die im Grunde gleichermaßen betroffenen privaten TV-Sender gehen dagegen rätselhafterweise leer aus. Dennoch nannte Hans Demmel, Vorsitzender des Privatfunkverbands Vaunet, die Maßnahme einen „wichtigen Schritt in die richtige Richtung".

Auch die Bayerische Regierung hat am 5. Juni nachgelegt. Danach erhalten Bayerns Wochenzeitungen sowie private Radio- und Fernsehanbieter eine Sonderförderung. Die vom Anzeigenrückgang besonders betroffenen kostenlosen lokalen Wochenzeitungen bekommen eine Million Euro für Zustellung, innovative technische Verbreitungsmethoden sowie Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Für private Hörfunk-Anbieter sind 500.000 Euro Sonderförderung vorgesehen, für Lokal-TV-Anbieter ebenfalls. Neben einer zusätzlichen Entlastung bei den Verbreitungskosten DAB+ wird auch die Verbreitung über UKW gefördert.

Dramatische Folgen für die Filmbranche

Besonders dramatische Folgen hat die Viruskrise für die Filmbranche und ihre Beschäftigten. Darauf deuteten bereits Mitte April die Ergebnisse einer Kurzumfrage, die mit Unterstützung der AG Dok und vier weiteren Branchenorganisationen durchgeführt wurde. Knapp 4.000 Kolleg*innen antworteten, davon waren 44,1 Prozent auf Produktionsdauer beschäftigt, 42,7 Prozent selbstständig. Zwei Drittel der Befragten erwarteten für 2020 ein beträchtliches Sinken ihrer Einkommen, weitere 12,6 Prozent befürchteten, in diesem Jahr überhaupt kein Einkommen mehr zu haben. 38,5 Prozent hatten da schon Hilfe beantragt. Rund 26 Prozent waren sich noch unsicher, knapp 6 Prozent wollten noch oder wollten weitere Hilfe beantragen. Das erste Fazit der Umfrage: Zuschüsse zu Betriebskosten und Kredite sind auch für die Filmbranche nutzlos, weil ein großer Anteil Selbstständiger – wie freie Journalisten auch – ohne Infrastruktur und Angestellte sind. Sie benötigen Zuschüsse, die die Lebenshaltungskosten decken, analog zum ALG1.

Die Lage in der Filmindustrie sei „existentiell bedrohlich“, klagte Ende Mai Produzentin Regina Ziegler im Interview mit der *Berliner Zeitung*. „Katastrophal und absolut neu für uns ist: Wir können mit dem Drehen erst gar nicht anfangen.“ Corona am Set bedeute Unterbrechung der Produktion. Gegen eine Pandemie könne man sich nicht versichern. Die Aufhebung des Shutdowns werde neue Probleme schaffen. „Wenn alle zur selben Zeit anfangen zu drehen, herrscht Stau“, so Ziegler. Dann werde es einen „Mangel an kompetenten Mitarbeitern“ geben.

Nicht viel besser ist die Lage in der Fernsehwirtschaft. Mitte Mai trafen sich die TV-Sender bzw. Sendergruppen ARD, ZDF und ProSiebenSat.1 auf Initiative von RTL Deutschland zu einem digitalen „Runden Tisch Fernsehen“. Gemeinsam mit Verantwortlichen aus Produktions- und Kreativwirtschaft, Filmförderung und Medienpolitik wurden die Konsequenzen der Krise und die Möglichkeiten eines flächendeckenden Neustarts der Produktion diskutiert. Seit dem Ausbruch der Krise, so die Zwischenbilanz von Branchenvertretern, wurden mehr als 400 Drehabbrüche, Unterbrechungen oder Verschiebungen registriert – in Höhe eines Investitionsvolumens von ca. einer halben Milliarde Euro. Davon waren vor allem auch kleine und unabhängige Produzenten betroffen. Als wesentliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Produktion sahen die Beteiligten die Auflage eines Ausfallfonds an, mit dessen Hilfe die wirtschaftlichen Schäden möglicher neuer Produktions-Stopps oder Ausfälle aufgefangen werden.

Ausreichende Finanzierung von ARD und ZDF notwendig

Immerhin haben sich ARD und ZDF bereit erklärt, 50 Prozent der durch Abbruch entstehenden Kosten zu tragen. Die öffentlich-rechtlichen Sender seien als größte Auftraggeber ein „existentiell wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Film- und Medienbranche“, konstatiert Produzentin Regina Ziegler. Gerade in der aktuellen Krise wäre es „fatal, wenn sie wegen geringerer Mittel weniger Aufträge vergeben könnten“. Die Folge wäre eine „massive zusätzliche Arbeitslosigkeit in der gesamten Medienbranche“. Schließlich seien rund 50.000 Arbeitsplätze von Kreativen und Filmschaffenden von entsprechenden neuen Produktionsaufträgen abhängig. Ziegler: „Da die einzig verfügbare Manövriermasse die Produktionsetats der Sender sind, bedarf es einer ausreichenden Finanzierung von ARD und ZDF.“

Und offenbar zeigte die Klage der Filmbranche gegenüber der Politik Wirkung. Im Rahmen des Programms „Neustart Kultur“ der Bundesregierung bekommt der Filmbereich 120 Millionen Euro. Damit sollen einerseits die monatelang geschlossenen Kinos gestützt, aber auch Mehrbedarfe bei der Produktion finanziert werden. **Günter Herkel «**

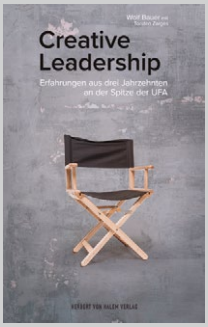
Anzeige

HERBERT VON HALEM VERLAG

Komplettes Programm unter https://www.halem-verlag.de

Hans Poerschke
Das Prinzip der Parteiliteratur.
Partei und Presse bei und unter Lenin
1899 - 1924
Sommer 2020, 240 S., Broschur,
213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-565-2
ISBN (ePub) 978-3-86962-568-3



Wolf Bauer mit Torsten Zarges
Creative Leadership.
Erfahrungen aus drei Jahrzehnten
an der Spitze der UFA
Herbst 2020, 160 S., 16 Abb., Broschur,
190 x 120 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-572-0
ISBN (ePub) 978-3-86962-574-4

Peter Seele
Künstliche Intelligenz und
Maschinisierung des Menschen
Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 1
2020, 200 S., 190 x 120 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-512-6
ISBN (ePub) 978-3-86962-514-0

Scheinheilige Debatte

Trotz Empfehlung der KEF geht Gezerre um Rundfunkbeitrag weiter

Es geht nur um 86 Cent. Aber selbst diese geplante moderate Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags ist einigen konservativen Landespolitikern ein Dorn im Auge. Vor allem im Osten Deutschlands regt sich Widerstand. Da alle Länder mitmachen müssen, steht eine bedarfsgerechte Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten auf der Kippe.

Im März hatten die Ministerpräsidenten beschlossen, den Rundfunkbeitrag zum 1. Januar 2021 von 17,50 Euro auf 18,36 Euro zu erhöhen. Sie folgten damit einer Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Allein Sachsen-Anhalt enthielt sich der Stimme. Sein Land habe von den Anstalten immer wieder Sparanstrengungen gefordert, aber keine zufriedenstellenden Angebote erhalten, begründete seinerzeit CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff diese Verweigerungshaltung. Sein Staatskanzleichef Rainer Robra verlangt eine „verbindliche Zusage“ von ARD und ZDF zum Sparen, am besten in Form einer Selbstverpflichtungserklärung.

Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Dass auch die Linke Sachsen-Anhalts in Sachen Beitragserhöhung mauert, macht die Sache nicht besser. Schien das kleine Sachsen-Anhalt (2,2 Millionen Einwohner) mit dieser Position zunächst allein auf weiter Flur, findet diese Debatte mittlerweile in verschiedenen Ländern statt. Auch die CDU-Fraktionen von Sachsen und Thüringen finden plötzlich, man müsse mehr über die Aufgaben der Öffentlich-Rechtlichen reden. Das sei wichtig, „um die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks deutlich zu verbessern und langfristig zu sichern“, insistierte zuletzt Andreas Nowak, der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsens. Eskortiert werden solche Aussagen neuerdings sogar von Teilen der CDU-Bundestagsfraktion. In einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder forderten sie kürzlich mit Blick auf die aktuelle Pandemie populistisch eine Verschiebung der Beitragserhöhung. „Während in Betrieben und Privathaushalten durch die Corona-Pandemie gespart werden muss, darf der Rundfunkbeitrag nicht erhöht werden“, heißt es in dem Schreiben. Ein solcher Schritt passe nicht in diese Zeit und könne den Bürgern nicht erklärt werden.

Erste Erhöhung seit elf Jahren

Eine mehr als scheinheilige Begründung, belegt doch gerade das enorm angewachsene Interesse der Bevölkerung an den Informationsangeboten von ARD und ZDF während der Corona-Krise die Notwendigkeit eines bedarfsgerecht ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Angesichts der massiven Störmanöver von konservativer Seite sehen sich auch die Befürworter genötigt, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben. Auch wenn Gebührenerhöhungen nie populär seien, gebe es sehr gute Gründe für die jetzt geplante geringfügige Anhebung, konterte Carsten Schneider, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Sie sei die erste seit elf Jahren, zudem empfohlen von einer unabhängigen Kommission. Es gehe um die grundsätzliche Frage, ob man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Substanz erhalten und stärken wolle oder ob man ihn schwäche.

„Gerade in Zeiten wie diesen sind seriös aufbereitete Fakten und ordentlich bezahlte, professionell ausgebildete Journalisten enorm wichtig“, sagte ver.di-Mitglied Schneider der *Saarbrücker Zeitung*. Der saarländische Landtag hat unterdessen Mitte Mai dem 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt. Der trat am 1. Juni in Kraft und sieht unter anderem die Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht für Nebenwohnungen vor. Lediglich die AfD-Fraktion stimmte dagegen. Nicht weiter verwunderlich, denn die Rechtsextremisten streben nicht nur eine Schwächung des öffentlich-rechtlichen Systems an, sondern dessen Abschaffung. Das zeigte sich beispielhaft bei der Debatte um den Rundfunkstaatsvertrag im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Dort verglich ein AfD-Mann die Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen allen Ernstes mit NS-Propaganda.

Die Abstimmung über den Rundfunkbeitrag werde in allen Ländern ein „Lackmustest“ dafür werden, wie ernst es der CDU mit der Abgrenzung zu der rechts-

extremen Partei sei, konstatierte SPD-Mann Schneider. Einige CDU-Landesverbände in Ostdeutschland „wackeln schon längst in Richtung AfD“, warnte er.

In Sachsen-Anhalt bekommt der anhaltende Widerstand der CDU gegen die Beitragserhöhung auch noch eine standortpolitisch motivierte Note. Schließlich hatte Landesvater Haseloff die Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio aufgefordert, mehr Rundfunk-Gemeinschaftseinrichtungen in den Osten zu verlegen. „Osten“ meint in diesem Zusammenhang wohl sein eigenes Bundesland. Sachsen hat die Zentrale des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) in Leipzig, Thüringen den Kinderkanal in Erfurt, Sachsen-Anhalt dagegen ging bislang leer aus. Das wird sich bald wohl ändern. Unter Federführung des MDR soll demnächst – voraussichtlich in Halle – eine gemeinsame Kulturplattform der ARD entstehen, in Kooperation mit dem ZDF und Deutschlandradio. Dieser Beschluss der ARD-Intendanten sorgt für neuen Zoff, diesmal innerhalb der ARD. Denn die geplante Plattform war jahrelang das Lieblingskind von Ulrich Wilhelm, dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Der schmollt nun und mag sich an dem Projekt und dessen Finanzierung nicht beteiligen. Eine Verknüpfung zwischen der Beitragserhöhung und der Standortentscheidung sei nicht legitim, ließ Wilhelm verlauten. Und fuhr ein schweres Geschütz auf: Ein solches Junktim sei ein verfassungsrechtlich problematischer „unangemessener Umgang mit der Rundfunkfreiheit“. Am 17. Juni woll(t)en die Ministerpräsidenten über die Beitragserhöhung entscheiden. Danach müssen alle 16 Länderparlamente zustimmen **Günter Herkel «**

ver.di-Gutachten

Gute Argumente für den Rundfunkbeitrag

Gerade die Pandemie liefere gute Argumente für die Rechtfertigung einer Beitragssteigerung. Zu diesem Schluss kam ein von ver.di in Auftrag gegebenes Gutachten. Es untersucht die „Rolle der Politik und den Einfluss der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auf das Verfahren der Beitragsfestsetzung“. Der große Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Demokratie werde in der Corona-Krise deutlich, konstatiert das Gutachten. Die Mediennutzung sei gestiegen. Zudem werde in Folge der Krise auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine negative Beitragsentwicklung erleben. Eine Beitragsanpassung sei daher umso dringlicher. Deutlich betont wird: Die Zustimmung zur Beitragserhöhung durch die Politik an Bedingungen gegenüber den Anstalten zu knüpfen, verletze die Rundfunkfreiheit. Mehr zum Gutachten auf https://mmm.verdi.de und https://rundfunk.verdi.de «

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt. Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.

DEINE KORRESPONDENTIN

„Vier Jahre lang war das für mich ein teures Hobby“, sagt Pauline Tillmann, Chefredakteurin des Digitalmagazins *Deine Korrespondentin*, das Frauen und ihre Perspektiven in der Berichterstattung sichtbarer machen will. Mittlerweile hat die engagierte Gründerin die finanzielle Durststrecke überwunden und probiert mit ihrem Korrespondentinnen-Team immer wieder neue Wege aus, um Geschichten von mutigen Frauen in aller Welt zu erzählen.

Während ihrer Zeit als freie Korrespondentin in St. Petersburg nahm Tillmann auch ein Recherchestipendium in den USA 2014 wahr. Dort wurde sie von engagierten Start-ups inspiriert, in Deutschland ihr „Herzensprojekt“ zu realisieren. Zurück in Berlin startete sie im Frühjahr 2015 mit sechs weiteren Journalistinnen eine Crowdfunding-Kampagne, die rund 6.600 Euro einbrachte. Damit bezahlten sie einen Programmierer und den ersten Content. Das waren Artikel über Russland, Ukraine, Afghanistan, Israel oder den Kongo. Wie die Weltkugel auf der Startseite zeigt, gibt es mittlerweile auf allen fünf Kontinenten Korrespondentinnen, die in Text, Bild und Ton berichten.

Außer Gastautorinnen arbeiten konstant etwa zehn freie Journalistinnen im *Korrespondentin*-Team, die außerdem für andere Medien schreiben. Das Digitalmagazin publiziert jeden Mittwoch eine neue Geschichte und verbreitet sie auch über soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram. Zudem gibt es eine Vernetzung mit anderen, verlagsunabhängigen Indie-Start-ups und Kooperationen mit einigen der etwa 40 Mainstream-Medien, denen Tillmann regelmäßig die *Korrespondentin*-Beiträge zum hauseigenen Zeilenhonorar anbietet. Dazu zählen unter anderem *Edition F* und *Zeit online*, aber „unsere treueste Kundin ist die *Frankfurter Rundschau*“, sagt sie, weil *FR*-Chefredakteurin Bascha Mika genau solche Geschichten haben wolle. Von August 2019 bis Januar 2020 hatte *Deine Korrespondentin* dort z.B. eine achtteilige Serie zum Thema „Wie emanzipiert ist Europa?“ publiziert. Nun startet *Deine Korrespondentin* eine neue Reihe zu Gleichberechtigung in anderen Ländern der Erde. Am 6. Mai erschien etwa ein Bericht aus Chile über eine feministische Performance zu sexualisierter Gewalt, die um die Welt geht.

Aus Kooperationen finanziert das Digitalmagazin sich mittlerweile zu einem Drittel, zwei Drittel der Gelder stammen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, die treue Leser*innen über die Steady-Plattform zahlen. Dabei handelt es sich zu fast 70 Prozent um Frauen zwischen 30 und 65 Jahren. Es gebe etwa 200 bis 300 Seitenaufrufe pro Tag, aber den Korrespondentinnen sei es wichtiger, „einen guten Job zu machen“. Und da experimentieren sie immer weiter – jüngst mit einem Podcast, der in Coronazeiten auch noch andere Zielgruppen erreichen könne, hofft Pauline Tillmann. **Bärbel Röben «**

Die große Zerstörung

Der Ökonom Andreas Barthelmess beschreibt in seinem Buch „Die große Zerstörung“, wie der digitale Umbruch unser gesamtes Leben beeinflusst. Er plädiert für einen kritischen Optimismus und fordert ein „Daten-#MeToo“.

Foto: OBetke

M | In Ihrem Buch dreht sich alles um „Disruption“. Was genau verstehen Sie darunter?

Andreas Barthelmess | Ich verwende das Wort als Synonym für plötzliche Zerstörung und die Aufhebung alter Ordnungen. Der Begriff stammt aus der Evolutionsbiologie, wird heutzutage jedoch vor allem im Zusammenhang mit der digitalen Wirtschaft benützt. Ich will mit meinem Buch zeigen, dass Disruption keine rein technologische Kategorie ist. Disruption ist vielmehr ein Phänomen unserer Zeit, in der sich Änderungen nicht mehr Schritt für Schritt entwickeln wie etwa in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben es nicht mit einem Prozess, sondern mit einem abrupten und möglicherweise schmerzhaften Bruch zu tun.

Aber gab es technologische Umwälzungen nicht immer schon, von der Druckerpresse bis zur Dampfmaschine?

Diese Erfindungen haben Entwicklungen ausgelöst, die sich über einen langen Zeitraum hinzogen. Die digitale Beschleunigung erreicht jedoch auf einen Schlag alle Bereiche: Wirtschaft, Politik, Kultur und Freizeit. Zur Zeit der Industrialisierung konnte sich die Gesellschaft über Jahrzehnte auf die Veränderungen einstellen.

Fortschritt hieß früher, dass neue Gebäude auf alten Fundamenten errichtet worden sind; Disruption bricht dagegen mit der Vergangenheit. Inwiefern?

Denken Sie doch nur an die Automobilindustrie: Der Elektromotor ist alles andere als eine Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors. So ähnlich verhält es sich auch in fast allen anderen Bereichen. Viele Menschen schnuppern gern an neuen Büchern. Früher haben sich Verlage unter anderem tatsächlich auch über den Geruch ihrer Bücher und die Auswahl des Papiers definiert. So etwas spielt im Zeitalter des e-Books keine Rolle mehr.

Sie schreiben, das Zeitalter der Disruption habe gerade erst begonnen. Viele Menschen fühlen sich aber schon jetzt überfordert. Was kommt denn noch auf sie zu?

Die Corona-Krise zeigt es: Wir erleben derzeit eine ganz merkwürdige Situation. Auf der einen Seite haben wir den Eindruck einer entschleunigten Phase. Ich spreche in diesem Zusammenhang vom „Nutella-Deutschland“. Wer das Glück hat, entspannt im Home-Office arbeiten zu können, befindet sich in einem Zustand, wie er in der alten beschützten BRD geherrscht hat: Wir verbringen viel Zeit mit unserer Kernfamilie, und um 20 Uhr schauen wir die „Tagesschau“. Gleichzeitig erfährt der technologische Fortschritt durch die Krise eine dramatische Beschleunigung, wie sich zum Beispiel an den vielen Videokonferenzen und den sprunghaft gestiegenen Umsätzen des Online-Handels zeigt.

Wo ist das Problem? Wenn Videokonferenzen dazu führen, dass weniger geflogen wird, ist das doch ein Fortschritt.

Das stimmt. Aber ich mache mir Sorgen, dass wir als Gesellschaft auf diese Veränderungen nicht vorbereitet sind und stattdessen versuchen, einen längst nicht mehr möglichen Status quo zu bewahren. Ich vermisse den positiven Blick in die Zukunft. Die Politik suggeriert „Wenn die Krise vorbei ist, wird alles wieder so wie früher.“ Warum formulieren wir es nicht andersrum und denken darüber nach, was wir wollen? Der disruptive Bruch bietet auch die Chance, etwas Neues zu kreieren. Entsprechende Visionen sind in der Politik jedoch nicht zu erkennen.

Sie stellen fest, die Disruption sei nicht aufzuhalten, geschweige denn rückgängig zu machen; deshalb sollen wir sie mitgestalten. Aber wie?

Andreas Barthelmess

Geboren 1979, ist Ökonom, Start-up-Unternehmer und Publizist. Seine beruflichen Anfänge fanden bei Roland Berger, den Vereinten Nationen in New York und bei Gruner + Jahr statt.

Barthelmess lebt in Berlin und kommentiert das Zeitgeschehen regelmäßig für Die Zeit, Die Welt, NZZ, Handelsblatt, Wirtschaftswoche und Spiegel.

Am 18. Mai erschien sein Buch „Die große Zerstörung“ (Dudenverlag, Berlin. 256 Seiten, 18 Euro).

Erst mal ist es wichtig, offen und neugierig zu sein. Wer Angst vor der Zukunft hat, kann sie nicht gestalten. Das ist weniger eine Frage des Alters als vielmehr eine Frage der Mentalität. Ich selbst habe zwar eine durchaus skeptische Haltung zur Digitalisierung, plädiere aber trotzdem für einen kritischen Optimismus. Der Weg in die Zukunft ist beschwerlich und kompliziert, weil man ständig abwägen muss. Aber wenn die Zeiten anspruchsvoll sind, müssen wir auch an uns selbst einen höheren Anspruch haben. Viele Menschen ziehen es jedoch vor, im bequemen Schwarzweißdenken zu verharren.

Sie verlangen unter Hinweis auf Goethes Zauberlehrling von der Politik, dass sie die Eigendynamik des Fortschritts zähmt. Wie soll ihr das gelingen?

Ich bin ein begeisterter Marktwirtschaftler. Trotzdem frage ich mich, ob es nicht an der Zeit ist, die kapitalistischen Dogmen der Industrialisierung im digitalen Zeitalter in Frage zu stellen. Ich erwarte vom Staat, dass er die Interessen der Bürger gegenüber den digitalen Hypermonopolen verteidigt; da bin ich „old school". Schauen Sie sich doch nur an, welchen Einfluss Google und Apple auf die sogenannte Corona-App haben! Das ist ein dramatisches Zeichen dafür, dass wir in vielen Bereichen gar nicht mehr autonom handeln können.

Sie prognostizieren sogar eine politische Krise: Die Mehrheit könnte kippen, wenn die Politik nicht angemessen auf die disruptiven Herausforderungen reagiert. Ist das nicht übertrieben?

Im Unterschied zu anderen Ländern ist die gebildete und tendenziell eher liberal eingestellte deutsche Mittelschicht noch relativ widerstandsfähig gegenüber populistischen Strömungen. Das kann sich aber sehr schnell verändern. Die digitale Wirtschaft wird den Arbeitsmarkt extrem polarisieren. Auf der einen Seite wird es sehr gut bezahlte Angestellte im Technology-Bereich geben, Programmierer, Manager, Data-Analysten; auf der anderen den Niedriglohnbereich. Die Angehörigen der bisherigen Mittelschicht aus dem alten Nutella-Deutschland werden unter Druck kommen: Die einen finden keine Arbeit mehr, die anderen erleben, dass ihre Arbeit nicht mehr so wertgeschätzt wird wie früher. Wenn sie sich dann auch noch ihr gewohntes Leben nicht mehr leisten können, besteht die Gefahr, dass sich diese Mehrheit frustriert von unserem Gesellschaftsmodell abwendet.

Sie setzen große Hoffnungen in soziale Netzwerke als Medium der Aufklärung. Sind Facebook und Co. nicht eher Plattformen für Hass und Verschwörungstheorien?

Mittelfristig geht von Social Media in der Tat eine große Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Derzeit befinden wir uns noch in einer Phase, in der vor allem niedrige Instinkte angesprochen werden, aber dafür darf man nicht das Medium verantwortlich machen. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Alle neuen Technologien haben sich irgendwann zivilisiert, aber sie haben sich nie rückgängig machen lassen. Ich war selbst lange skeptisch gegenüber Facebook, bis ich 2014 im Iran erlebt habe, dass dieses Netzwerk für die Menschen dort das Fenster zur Welt ist.

Wir müssen also nur Geduld haben?

Ohne die Druckerpresse hätte Luther seine Gedanken nicht verbreiten können, aber es hätte auch den Dreißigjährigen Krieg nicht gegeben. Trotzdem hat der Buchdruck langfristig für Aufklärung, Information und Transparenz gesorgt; er war die Voraussetzung für die Zugänglichkeit von Wissen und Bildung. Eine ähnliche Entwicklung werden wir hoffentlich bei Social Media erleben. Ein erhebliches Problem ist allerdings die Monopolstellung und die daraus resultierende Dominanz einzelner Unternehmen. Deshalb plädiere ich dafür, wettbewerbspolitisch hart durchzugreifen, dass es Konkurrenzangebote gibt. Hinzu kommt: Sehen wir Daten als öffentliches oder als privates Gut? Die Konzerne betrachten sie jedenfalls vor allem als ein Wirtschaftsgut, und die meisten Menschen überlassen Facebook, Google und Co. ihre Daten, ohne weiter darüber nachzudenken; und außerdem auch noch unentgeltlich.

Deshalb fordern sie ähnlich wie bei der Kampagne gegen sexuelle Belästigung ein „Daten-#MeeToo". Wie soll das aussehen?

Die Frage ist ja: Warum tolerieren wir die Datenkraken? Hier sehe ich die Parallele zu #MeToo: Dort ging es ebenfalls um eine Übergriffigkeit, die Frauen und Männer irgendwann nicht mehr hinnehmen wollten. Deshalb müssen wir dringend auch die unterschwellig kultivierte Übergriffigkeit, die Facebook, Google und andere ausüben, kritisch hinterfragen. Die Initiative muss aber von der digital affinen Jugend ausgehen. Paradoxerweise hält sich diese Jugend für schwach, dabei ist sie so mächtig wie noch nie zuvor, weil sie die digitalen Medien auf ganz andere Weise beherrscht als die meisten Älteren. Aber solche Bewegungen haben auch immer viel mit dem Momentum zu tun. #MeToo konnte nur funktionieren, weil eine Mehrheit sexuelle Belästigung nicht mehr als Kavaliersdelikt betrachtet, sondern als Machtmissbrauch.

Gespräch: Tilmann P. Gangloff «

Impressum

Menschen Machen Medien
Medienpolitisches ver.di-Magazin, erscheint im Jahr mit vier gedruckten Ausgaben, die jeweils ein Schwerpunktthema behandeln. „M Online" berichtet aktuell aus der Medienbranche: https://mmm.verdi.de

Herausgeber:
ver.di Bundesvorstand
Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender
Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

Redaktion:
ver.di Bundesverwaltung
M Redaktion
Karin Wenk (verantwortlich)
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel: 030 / 69 56 23 26
Fax: 030 / 69 56 36 57
karin.wenk@verdi.de
redaktion-m@verdi.de
@Mx3_Online
https://www.facebook.com/menschenmachenmedien/

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, Hof D/ Eingang D1, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54
anzeigen@ask-berlin.de

Ansprechpartnerin:
Simone Roch, Strategische Kommunikation
Tel. 030/740 73 16 32
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 25 gültig ab 1.2.2020

Gestaltung:
Layout: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de

Druck und Vertrieb:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
Marktweg 42–50
47608 Geldern

Abonnement:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Tel 0711/700 15-30, Fax -10
service@verlag-weinmann.com

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten.
Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive Mwst.).
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Redaktionsschluss M:
M 02.2020: 29.05.2020
M 03.2020: 28.08.2020

International Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Weitere Publikationen:

Kunst und Kultur Online
https://kuk.verdi.de/
verantwortlich:
Valentin Döring
Tel: 030/69 56 23 30

„Druck + Papier"
verantwortlich:
Andreas Fröhlich
Tel: 030/69 56 23 40

Foto: Knut Henkel

Plastik eines Lesers der Regionalzeitung „Adelante“ im kubanischen Camagüey.

Die Künstlerin Martha Jiménez hat typische Alltagsszenen der Stadt in Bronze festgehalten – darunter auch den Zeitungsleser Norberto Subirats, der neben der Plastik zu sehen ist.

Gummiparagraf

Kuba: Geldstrafen für Journalisten bei Verstoß gegen Gesetz 370

Mitten in der Corona-Krise gehen Kubas Behörden mit massiven Geldstrafen gegen unabhängige Berichterstatter und Blogger vor. Die Grundlage liefert das Gesetz 370 vom Juli 2019 mit dem Gummiparagrafen 68. Dieser erlaubt der Polizei gegen alle Kubaner*innen vorzugehen, die Informationen publizieren, die gegen „soziales Interesse, Moral, gute Sitten und die Integrität der Menschen verstoßen“. Camila Acosta ist eine von rund dreißig Journalist*innen, Blogger*innen und Aktivist*innen, die seit Jahresbeginn mit einer Geldstrafe belegt wurden – und sie wehrt sich.

Für Camila Acosta ist der 6. Mai ein erster Erfolg. „47 Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängige Medien haben unsere Erklärung „Cuba und sein Gesetzesdekret 370“ unterschrieben und publiziert. Das hat es in Kubas Geschichte noch nicht gegeben“, so die 27-jährige Journalistin. Am 27. März war sie auf die Polizeiwache in Havannas Stadtteil Playa vorgeladen worden. Dort wurde die Mitarbeiterin von „Cubanet“, eines im US-amerikanischen Florida registrierten Onlineportals, auf drei Veröffentlichungen, darunter auch die schriftliche Vorladung, auf ihrer Facebook-Seite hingewiesen. Die würden die kubanische Revolution „entweihen“ und „erniedrigen“ und das sei ein Verstoß gegen den Artikel 68 des Gesetzesdekrets 370. Der sanktioniert die Verbreitung solcher Informationen gegen „soziales Interesse, Moral, gute Sitten und die Integrität der Menschen“ mit Geldstrafen bis zu 3.000 Peso für Privatpersonen und bis zu 10.000 Peso für Organisationen. Dagegen wehrt sich Acosta gemeinsam mit Kollegen und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Viele von ihnen wurden ebenfalls mit Geldstrafen belegt. Der Korrespondent der Tageszeitung *Diario de las Américas*, Iván García, betrachtet das Gesetz als Einschränkung der freien Meinungsäußerung: „Das Gesetz richtet sich nicht explizit gegen den unabhängigen Journalismus in Kuba, sondern gegen jede und jeden, der oder die, eine eigene Meinung, Analysen, Standpunkte auf Facebook, YouTube oder sonst wo veröffentlicht.“ Alles was dem Regime nicht passe, könne damit geahndet werden. Es biete weiten Interpretationsspielraum. García berichtet seit Mitte der 1990er Jahre kritisch aus Kuba – erst für die erste unabhängige Presseagentur „Cuba Press“, später für die spanische Tageszeitung *El Mundo* und nun für die in Miami erscheinende Tageszeitung *Diario de las Américas*. Gemeinsam mit Acosta und anderen Betroffenen hat García entschieden, eine Petition auf die Online-Plattform Avaaz zu stellen, um national und international um Unterstützung zu werben.

Petition auf Avaaz zum „Geißelgesetz“

Die Petition ging am 19. April online und wurde bis zum 25. Mai 4.105 mal unterzeichnet. In Kuba ist die Seite jedoch seit dem 6. Mai nicht mehr aufrufbar, so Camila Acosta. Umso wichtiger ist für sie die Tatsache, dass die 47 Organisationen Anfang Mai die Erklärung gegen das Gesetz 370 unterzeichneten und online stellten. Darunter sind Reporter ohne Grenzen, Freedom House aus den USA und etliche der betroffenen Medien, deren Journalisten mit Geldstrafen belegt wurden, wie *Diario de Cuba*; *El Toque* oder *El Estornudo*. Für letztere arbeitet Mónica Baró, die 2019 für eine Reportage über Bleivergiftungen in einem Stadtteil von Havanna von der renommierten „Fundación Gabo“ ausgezeichnet wurde, der Medienstiftung von Kolumbiens verstorbenem Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez. Baró weigert sich wie Acosta, die

Tipp

Lesenswert ist auch das Dossier auf M Online über Kuba, seine Medien und die Machtfrage.
https://mmm.verdi.de/internationales/kuba-seine-medien-und-die-machtfrage-64871

Geldstrafe zu bezahlen, und hat Unterstützung vom Direktor der kolumbianischen Stiftung, Jaime Abello Banfi, erhalten. Der forderte die kubanischen Behörden auf, die Geldstrafe zurückzunehmen, ohne Erfolg. Auch auf die Erklärung der Aktivisten um Acosta hat die Regierung in Havanna bisher nicht reagiert.

Acosta will weitermachen. „Das Gesetz widerspricht dem Recht auf freie Meinungsäußerung, das in der Verfassung garantiert ist“, argumentiert die Journalistin. Deshalb hat die kubanische „Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ Ende April eine Beschwerde beim Parlament hinterlegt und eingefordert, das Gesetz beziehungsweise zwei seiner Paragrafen für verfassungswidrig zu erklären und zu annullieren. Neben dem Artikel 68 soll auch der Passus rückgängig gemacht werden, der kubanische Medien und Blogger verpflichtet, ausschließlich Server zu nutzen, die sich in Kuba befinden. Genau das tun aber die meisten Online nicht, und bewegen sich damit seit Erlass des Gesetzes auf illegalem Terrain.

Bisher wurde dieser Passus nur noch nicht angewandt – im Gegensatz zum Artikel 68. „Damit die beim Parlament hinterlegte Verfassungsbeschwerde allerdings auch offiziell weiterverfolgt wird, benötigen wir 500 von der nationalen Wahlkommission anerkannte Unterschriften“, so Acosta. Die Beschaffung der Unterschriften inklusive Wohnort und Ausweisnummer sei mitten in der Corona-Krise und bei Einhaltung des Social Distancing alles andere als einfach, so die Journalistin. Zumal sie befürchtet, verhaftet zu werden und im Gefängnis zu landen. Gerade weil sie sich wehrt und zum Widerstand gegen das Gesetz aufrufe. „Ich werde weder dem unabhängigen Journalismus abschwören, noch das Land verlassen“ betont Acosta.

Knut Henkel «

Aktion

Aktion für Daler Sharipov, Tadschikistan

Kritik wird von Gericht als „Extremismus“ bewertet

Wenn einem Journalisten in Tadschikistan eine Anklage wegen „extremistischer“ Artikel droht, ist zu befürchten, dass es für den Beschuldigten schlecht ausgehen wird. Denn der Begriff „Extremismus“ wird in Paragraf 189 des Strafgesetzbuchs nur sehr vage definiert und dient den Behörden gern dazu, unliebsamen Oppositionellen, Menschenrechtsverteidiger*innen und eben auch Journalist*innen den Prozess zu machen.

AMNESTY INTERNATIONAL

Genau so kam es für Daler Sharipov, einen in Tadschikistan relativ bekannten Journalisten, der auch über Menschenrechtsverletzungen oder die Religionsfreiheit im Land berichtet. Er ist den Machthabern schon länger ein Dorn im Auge, und die unabhängige Zeitung *Ozodagon*, für die er schrieb, wurde nach Jahren der Schikane durch die Behörden im vergangenen Jahr eingestellt.

Ende Januar wurde Daler Sharipov von Angehörigen des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit festgenommen. Seitdem ist er im Gefängnis, wobei die Haftbedingungen in Tadschikistan berüchtigt sind. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Sharipov soll extremistische Artikel zu religiösen Themen veröffentlicht haben und Verbindungen zu einer extremistischen Organisation unterhalten. Anlass der Anklage war zudem seine Dissertation, in der sich mit dem Islam befasste, und die er über inoffizielle Kanäle verbreitet hat.

Das Bezirksgericht Shohmansur in der Hauptstadt Duschanbe eröffnete am 15. April den Prozess und verkündete einen Tag später das Urteil: Daler Sharipov wurde für schuldig befunden, religiöse Zwietracht gesät zu haben, und wurde nach Paragraf 189 zu einem Jahr Haft verurteilt. Amnesty International hält ihn für einen gewaltlosen politischen Gefangenen, der keine Straftat begangen hat, sondern sich lediglich als Journalist kritisch mit verschiedenen Themen befasst hat.

Die Verfolgung von Journalist*innen ist in Tadschikistan weit verbreitet. Der UN-Menschenrechtsausschuss äußerte sich 2019 besorgt über die Strafverfolgung unabhängiger Medienschaffender, und Reporter ohne Grenzen ordnet Tadschikistan auf seiner Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 161 von 180 Staaten ein.

Harald Gesterkamp

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den tadschikischen Präsidenten und fordern Sie ihn auf, den Journalisten Daler Sharipov umgehend und bedingungslos freizulassen, weil er lediglich von seinem international garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat.

Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder Deutsch an:
Präsident
Emomali Rahmon
Executive Office of the President
Prospect Rudaki, 80
Dushanbe 734001
TADSCHIKISTAN
E-Mail:info@mts.tjonline
Twitter:@EmomaliRahmon

Senden Sie eine Kopie an:
Botschaft der
Republik Tadschikistan
S. E. Herrn
Sohibnazar Gayratsho
Perleberger Straße 43
10559 Berlin
Fax: (030) 3479 3029
E-Mail: info@botschaft-tadschikistan.de

GEMEINSAM. SELBSTSTÄNDIG.

Starke Interessenvertretung und umfassende Beratung für Solo-Selbstständige

selbststaendige.verdi.de